53. JAHRGANG · NUMMER 4 · 20. DEZEMBER 2012 · EUR 2,00

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Matererialheft zur Krise in Griechenland

■ GRIECHENLAND: KNAPPE PARLAMENTARISCHE MEHRHEIT FÜR DAS DRITTE MEMORANDUM

Wachsender Widerstand gegen eine geschwächte Regierungskoalition

Noch vor der Verabschiedung des dritten Memorandums schrieb Moisis Litsis ein ehemaliger Redakteur der Zeitung »Elefterotypia« an die Griechenland-Reisegruppe: *»Wir sehen eine zunehmende Polarisierung in der griechischen Gesellschaft zwischen der Linken (jeder Art) und der Goldenen Morgenröte. Die PASOK bricht zusammen, die ND hat ernsthafte Probleme. So ist es für die Wähler leichter, sich nach ganz rechts zu wenden (Goldene Morgenröte) und es gibt keine anderen ›Macht‹-Parteien, denen die Öffentlichkeit eine Lösung zutraut. Wenn SYRIZA versagt, gibt es keine anderen linken Parteien, welche die Leute ohne Probleme anziehen könnte – die traditionelle KP hat Probleme, ANTARSYA (ein radikal linkes Bündnis) hat Schwierigkeiten, Masseneinfluss zu bekommen, obwohl viele Genossen bekannte Aktivisten sind.«*

Am 7. November 2012 verabschiedete das griechische Parlament das von der Troika eingeforderte dritte Sparprogramm. Die Zersetzung der griechischen Gesellschaft, die Zerstörung ihrer sozialen Sicherungssysteme und die Demontage der parlamentarischen Demokratie schreiten weiter voran.

In den vergangenen drei Jahren vermochte der Widerstand nicht, die Spardiktate zu Fall zu bringen oder wenigstens zu entschärfen. Anlässlich der Verabschiedung des dritten Memorandums riefen die Gewerkschaften deshalb nicht nur zu einem eintägigen, sondern zu einem 48-stündigen Generalstreik auf. In etlichen Bereichen wurde der Arbeitskampf ausgedehnt. So legten die Beschäftigten die Athener Metro die ganze Woche über lahm. Die Streiks von Gemeindeangestellten und öffentlichen Bediensteten wurden und werden begleitet von der zeitweisen Besetzung von Kindergärten, Rathäusern, Ministerien usw. Der Widerstand, der im Sommer erlahmt schien, lebte wieder auf und radikalisierte sich. Zugleich offenbarte die Abstimmung im Parlament die Schwäche der Regierungskoalition aus ND, PASOK und DIMAR, von der Bevölkerung treffend als die »innere Troika« bezeichnet. Von ihren 179 Parlamentariern stimmten nur 153 zu (zwei Stimmen über der erforderlichen Mehrheit). Die Abweichler aus der ND und vor allem aus der PASOK wurden umgehend aus der Fraktion und Partei ausgeschlossen. Die parlamentarische Mehrheit der Koalition schmilzt dahin.

In den nächsten Monaten muss die »innere Troika« die im dritten Memorandum enthaltenen Einsparmaßnahmen konkret umsetzen. Das wird die soziale Abwärtsspirale weiter beschleunigen. Löhne und Renten sollen erneut um 10 bis 20 Prozent gekürzt werden, und das angesichts steigender Preise und neuer Steuererhöhungen. Die Heizölpreise beispielsweise haben sich gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt. Zahlreiche Hiobsbotschaften kündigen die Ausweitung der sozialen Katastrophe in den Wintermonaten an. Die Polarisierung der Gesellschaft und zugleich auch die Zersetzungserscheinungen in und zwischen den Regierungsparteien werden zunehmen. Es ist völlig ungewiss, ob die geschwächte Regierungskoalition dies überstehen kann.

Ein Scheitern der Regierung würde über Neuwahlen wahrscheinlich zu einer Linksregierung führen. Ob eine SYRIZA-Regierung die in sie gesetzten Hoffnungen und Erwartungen erfüllen kann, hängt nicht allein von ihr selbst ab. Im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung und angesichts der Kräfteverhältnisse innerhalb der EU bleiben die Spielräume für eine soziale Entlastung der griechischen Bevölkerung eng. Ohne den Druck einer breiten außerparlamentarischen Massenbewegung bliebe auch eine Linksregierung als »zahnloser Tiger« dem Diktat der Troika ausge-

liefert. An einen Bruch mit der EURO-Zone – als mögliche Folge der einseitigen Einstellung der Schuldenzahlung und der Annullierung der bisherigen Spardiktate – wäre ohne diese Voraussetzung schon gar nicht zu denken. Es kommt also darauf an, ob es den politischen AktivistInnen in den betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen und den zahlreichen sozialen Selbsthilfeinitiativen gelingt, eine gemeinsame Perspektive zu erarbeiten, damit sie als gesellschaftliche Kraft Einfluss nehmen können. Das gilt auch, sollte die jetzige Regierungskoalition die nächsten Monate überstehen. Die zunehmend in Armut und Elend getriebene Bevölkerung wird sich noch stärker vom alten parlamentarischen System und den Parteien, die sich der Troika zur Verfügung stellen, abwenden. Die Auseinandersetzungen zwischen der Goldenen Morgenröte und dem linken politischen Lager werden sich im gleichen Maße intensivieren. Sollte der Widerstand gegen die äußere und innere Troika weiterhin erfolglos bleiben, werden die nationalistischen und faschistischen Kräfte Auftrieb erhalten.

Europaweiter Aktionstag: Streiks in Südeuropa, Arbeitsfrieden in Deutschland

Ein Hindernis für Erfolge des Widerstandes in Griechenland war, dass er bisher isoliert der vereinten Kraft des europäischen Kapitals, der Regierungen der Eurozone und des IWF entgegentreten musste. Erstmals in der Geschichte der Europäischen Union fand am 14. November ein länderübergreifender Aktions- und Solidaritätstag statt. Die Gewerkschaftsverbände aus Portugal und Spanien hatten darauf gedrängt, denn deren Regierungen folgen bei der Abwälzung der Krisenlasten den »griechischen Rezepten« der Troika. Der Europäische Gewerkschaftsbund hatte dem Drängen der südeuropäischen Gewerkschaftsverbände nachgegeben. *»Der Exekutivausschuss befürwortet zwar eine solide Haushaltsführung, ist jedoch davon überzeugt, dass die Rezession nur gestoppt werden kann, wenn Haushaltsbeschränkungen gelockert und Ungleichgewichte beseitigt werden und darauf hingewirkt wird, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erreichen, den sozialen Zusammenhalt zu fördern und die in der Grundrechtecharta niedergelegten Werte zu achten.* […] *Die Mitglieder des Exekutivausschusses wiederholen, dass der gesellschaftliche Dialog und Tarifverhandlungen ein zentraler Bestandteil des europäischen Sozialstaatsmodells sind.«*

Während der Exekutivausschuss des EGB die Einhaltung des europäischen Sozialstaatsmodells anmahnte – es wurde/wird in Südeuropa bereits zu Grabe getragen – überließ er die Ausgestaltung des Aktionstages den nationalen Dachverbänden. In Portugal und Spanien kam es zu Generalstreiks und Demonstrationen. In Griechenland fiel die Beteiligung wegen des eine Woche zuvor stattgefundenen zweitägigen Generalstreiks gering aus. In Italien, Frankreich und Belgien gab es Arbeitskämpfe und Demonstrationen in einzelnen Branchen/Bereichen. In Deutschland herrschte Arbeitsfrieden.

Wenn es dennoch in einigen Städten zu gewerkschaftlichen Kundgebungen und Demonstrationen kam, dann war dies dem Engagement von Einzelpersonen aus gewerkschaftlichen Gremien oder aus dem DGB zu verdanken. Die Vorstände der Einzelgewerkschaften und des DGB bleiben ihrer Grundhaltung treu. Sie setzen angesichts der Krise in Südeuropa verstärkt auf die Kooperation mit dem Unternehmerlager und der Regierung. Durch die Stärkung des nationalen Standortes sollen die deutschen Unternehmen und ihre Beschäftigten vor der Krise und ihren Folgen geschützt werden. Der IG Metall-Vorsitzende Huber sprach dieses gewerkschaftliche Grundverständnis nur besonders deutlich aus, als er den spanischen Gewerkschaften empfahl, sich einer weiteren Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und einer Reduzierung des Lohnniveaus nicht zu widersetzen – zur Herstellung einer besseren Wettbewerbsfähigkeit.

Die Beteiligung von Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben an den wenigen gewerkschaftlichen Veranstaltungen blieb spärlich. Auch die Mehrheit der Lohnabhängigen duckt sich weg in der Hoffnung, sie selbst mögen von den Krisenfolgen verschont bleiben. Aus Solidarität mit den südeuropäischen Lohnabhängigen lassen sich bei uns nur sehr wenige KollegInnen mobilisieren.

Eyridice Bersi schrieb der Reisegruppe am 12. November aus Athen: ***»Während die deutsche Gesellschaft schlief, wurden die griechischen Schulden erfolgreich auf die Schultern des sogenannten ›amtlichen Sektors‹ abgeladen, also auf die europäischen Steuerzahler.*** […] ***Es wird der Zeitpunkt kommen, da eure Regierung die Sparpolitik auf euch anwendet, wobei sie die Schuld wieder auf die Griechen schieben wird. Die Bühne wird bereitet für eine tiefe Spaltung zwischen uns, während die tatsächlich Verantwortlichen weiterhin business as usual machen werden [so tun, als ob nichts gewesen wäre]. Deshalb ein abschließender Vorschlag: Diejenigen unter euch, die verstehen, was tatsächlich vorgeht, könnten wenigstens versuchen, die andern zu warnen.«***

Wir greifen diesen Vorschlag aufg. Die Materialsammlung soll einen Einblick in die aktuelle Situation Griechenlands vermitteln und unseren Lesern Argumente an die Hand geben. Die gesammelten Artikel und Materialien basieren auf den Erfahrungen der Griechenland-Reisegruppe, die sich mit 16 TeilnehmerInnen vom 15. bis zum 22. September in Athen und Thessaloniki aufhielt. Die Mitglieder der Reisegruppe nahmen seither an zahlreichen Veranstaltungen in Deutschland teil und hielten die geknüpften Kontakte nach Griechenland aufrecht. Neben den Briefen aus Athen und drei Referaten der Reisegruppe drucken wir auch die grundsätzlicheren Überlegungen von Christos Giovanopoulos ab. Den Abschluss bildet der Artikel von Karl Heinz Roth, eine Kurzfassung seines jüngst bei VSA erschienen Buches zu Griechenland. ■

INHALT · Heft Nr. 4 / Dezember 2012 · Jg. 53

Briefe an die Reisegruppe 3

Referate:
»Wir leben unter einer parlamentarischen Diktatur« 6
Treffen mit Verkehrsgewerkschaften aus Athen 7
Selbstverwaltete Betriebe und Einrichtungen in Thessaloniki 8

Artikel von Christos Giovanopoulos:
14. November: Massenhaft Farbe bekennen und nicht Zurückweichen 14
Nachträgliche Gedanken aus Griechenland zu einem Streik, den es nicht gab 17

Karl Heinz Roth: Griechenland und die Euro-Krise: Analyse und Gegenperspektiven 19

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
»GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

Während einer Demonstration von Basisgewerkschaften in Athen am 18. September 2012

■ BRIEFE AN DIE REISEGRUPPE: GENERALSTREIK VOM 6./7. NOVEMBER

»Ein vereintes Volk wird niemals besiegt«

Brief von Eyridice Bersi, Athen, Montag, der 12.11.2012

Hallo deutsche Freunde und ein Dankeschön dafür, dass ihr erkennt, dass es sich um einen gemeinsamen Kampf handelt. Ich will mit einer guten Nachricht beginnen. Auf der riesigen Demo am verregneten Mittwochabend, den 7.11., gerade als das Parlament den letzten Teil der verfassungswidrigen Memorandum-Gesetzgebung debattierte, passierte etwas noch nie Dagewesenes in der Amalia Avenue. Demonstranten mit Transparenten von PAME, der Gewerkschaft der kommunistischen Partei (KKE), vereinigten sich mit anderen Demonstranten, die Transparente von SYRIZA (Linke) und ANTARSYA (kleine antikapitalistische Partei) trugen, vor dem Parlament. Es gab heftigen Tränengaseinsatz, andere Demonstranten warfen Mollis auf die Polizei-Sondereinheiten, doch dies hielt, wenigstens dieses eine Mal, einen Teil von PAME nicht davon ab, sich mit allen anderen zusammenzuschließen (der Rest von PAME, eine Gewerkschaft, die immer getrennte, friedliche Proteste organisiert, hatte den Platz bereits verlassen). Die Mauern, die die verschiedenen Richtungen der Bewegung trennen, sind jetzt niedriger denn je, die Parole: *»Ein vereintes Volk wird niemals besiegt«* fühlt sich wahrer an als zu jedem anderen Zeitpunkt.

Das bedeutet natürlich nicht, dass es eine Chance gibt auf eine reine Linksregierung, falls die Regierung stürzt, was bald der Fall sein wird. Die KKE weigert sich weiterhin, in eine Regierung einzutreten, die nicht mit dem Kapitalismus bricht, und die wahrscheinlichen Koalitionspartner von Syriza (DIMAR, Unabhängige Griechen) sind alle rechts von SYRIZA. Trotzdem, die große rote Linie, die die Griechen in ein Pro- und ein Anti-Rettungspaket-Lager aufteilt, kann schließlich dazu führen, dass sich im Anti-Rettungs-Paket-Lager eine verstärkte Zusammenarbeit auf Basisebene entwickelt.

Noch eine gute Nachricht. Überall, in jeder Ecke des Landes macht die Selbstorganisierung große Fortschritte. Ich lebe in einem relativ wohlhabenden Viertel in Athen, aber selbst hier hat sich eine Volksversammlung vor zwei Monaten gebildet. Bewohner des Viertels treffen sich regelmäßig und organisieren die Verteilung von Lebensmitteln an örtliche Familien, den Verkauf von billigen landwirtschaftlichen Produkten, die direkt vom Erzeuger stammen (ohne Zwischenhändler) usw.

Nun zur allgemeinen Situation. Die politische Entwicklung verläuft so rasend, dass ich mich gar nicht traue, den andauernden Zerfall der PASOK zu beschreiben, der so genannten »sozialistischen« Partei, die vor drei Jahren noch 44% der Stimmen bekam, weil ich fürchte, dass zu dem Zeitpunkt, da ihr diesen Bericht hören werdet, es schon keine PASOK mehr gibt! Und das ist nur halb im Scherz gesprochen. Die Drei-Parteien-Koalition aus ND, PASOK und DIMAR fühlt sich auch nicht besonders wohl. Es legte alles Gewicht auf diese ungeheuerliche Gesetzesvorlage (das dritte Memorandum), blutete heftig bei der Abstimmung (nur 153 ihrer 179 Abgeordneten stimmten dafür, gerade zwei mehr als die absolute Mehrheit von 151), und was passiert? Das Geld aus dem Rettungspaket kommt gar nicht!

Viele von uns wissen mittlerweile sehr gut, dass das Geld aus den Rettungspaketen direkt an unsere Gläubiger geht und überhaupt nichts dazu beiträgt, die griechische Wirtschaft aus der unglaublich tiefen Rezession herauszuführen, in der sie sich gerade befindet. Aber die Regierung hat all ihr politisches Kapital auf die Ankündigung verwettet, dass das Geld kommt, und jetzt steht sie nackter da als der Kaiser aus dem Märchen. Und warum nehmen wir, das Volk, nicht endlich die Dinge in unsere eigene Hand? Die erste Antwort lautet, dass wir es ja versuchen, obwohl der Prozess jeden hart trifft. Athen hatte keinen Metro-Verkehr in der ganzen letzten Woche mit der Ausnahme vom 7. November, wo es um die Unterstützung der Protestkundgebung ging. Als Ergebnis haben wir den Stau aller Verkehrsstaus. Der Abfall häuft sich auf den Straßen wegen des Streiks der Gemeindebeschäftigten, die sehr aktiv versuchen, ihre Jobs zu verteidigen und die Zerschlagung der städtischen Versorgungsbetriebe zu verhindern. Die Richter haben begonnen, ihre Arbeit zu verlassen in der Woche, als die Soli-Reisenden hier waren, und jetzt, zwei Monate

später, dauert ihr Streik an, was ein ungeheures Durcheinander im Justizsystem zur Folge hat. Die Anwälte waren von den Verzögerungen frustriert, aber seit gestern befinden sie sich auch in einem fünftägigen Streik. Der zweitägige Streik letzte Woche war sehr erfolgreich, trotz der Tatsache, dass viele aus der Mittelschicht einen Streik sich nicht mehr leisten können (die Armen können im Allgemeinen nicht streiken, da sie arbeitslos sind).

Ich brauche nicht zu sagen, dass es keine Streikunterstützung oder andere finanzielle Hilfe von den Gewerkschaften gibt. Im Privatsektor wird Streik oft mit Entlassung bestraft, aber selbst die Beamten, Lehrer usw., die keine Angst um ihren Arbeitsplatz haben, haben Angst vor ihren Rechnungen, da jedermanns finanzielle Situation schlimmer und schlimmer wird, ohne dass ein Ende in Sicht wäre. Nichtsdestotrotz kommt das, was wir gerade durchleben, einem allgemeinen Dichtmachen am nächsten, einem Generalstreik, der das wirtschaftliche Leben lahmlegt. Natürlich ist in dieser tiefen Depression sowieso nicht besonders viel wirtschaftliche Tätigkeit zu beobachten. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt mittlerweile 58%. Das ist schon für uns, die wir das erleben, einfach unfassbar, erst recht für euch, die ihr unsere Lage aus der Ferne zu erfassen versucht. Also nochmal, was hindert uns, diesen Felsen von unserer Brust abzuwerfen? Was hindert uns eine Richtungsänderung durchzusetzen? Ich will mit meiner eigenen Vorhersage anfangen: Ich denke, wir werden es schließlich tun. Es kann so einfach nicht mehr lange weitergehen.

Aber bis dahin gibt es mindestens zwei Hindernisse. Das erste ist, dass einige Menschen, die schnelle Ergebnisse erwarteten, demoralisiert werden und dazu neigen, während der Proteste zu Hause zu bleiben. Sie haben das Gefühl, dass der Staat so autoritär geworden ist, dass es keinen Sinn macht, zu protestieren. Da ist was Wahres dran, denn der normale demokratische Prozess ist vollständig unterbrochen. Aber natürlich ist Resignation keine Lösung. Wenn sich an den größeren Protesten, an denen sich zurzeit Hunderttausende in Athen beteiligen, statt dessen Millionen beteiligen würden, dann würden sich die Spielregeln ändern. In den letzten zweieinhalb Jahren hat sich der Widerstand im Kreis bewegt, also ein starkes Anschwellen der Massenproteste/Unruhen, unterbrochen von mehr oder weniger ruhigen Phasen. Das letzte Anschwellen war am letzten Mittwoch, das Mal davor war am 12. Februar.

Das zweite Hindernis ist die Furcht vor der Alternative, was die Furcht vor einem Leben außerhalb des Euro einschließt. Das half Ministerpräsident Samaras die Wahlen im Juni zu gewinnen, obwohl jetzt, nach den Meinungsumfragen, SYRIZA klar vorne liegt. Wir alle wissen, dass wir nicht einfach den Fels abwerfen können und danach glücklich weiter leben können bis ans Lebensende. Bei all unseren Kämpfen können wir den Fels gerade soweit anheben, dass wir uns zur Seite rollen können und in den Abgrund stürzen. Keiner bestreitet, dass der Abgrund da ist (wie man so schön sagt: *»Wenn du glaubst, du könntest Schäuble widersprechen, dann hast du Schäuble nicht aus der Nähe gesehen«*). Der Streitpunkt ist vielmehr, ob wir den Sturz überleben und schließlich wieder atmen können, ob also unser Nein zu dieser Politik uns schließlich befähigen wird auf unseren eigenen Füßen zu stehen und stärker zu sein (wie die Linke und die Unabhängigen Griechen sagen) oder ob der Sturz uns einfach umbringen wird, wie die deutsche und griechische Regierung uns glauben machen wollen.

Hier kommt die Hilfe unserer deutschen Freunde ins Spiel. Die Tiefe des Abgrunds, die Größe der Probleme, vor denen Griechenland steht, nachdem es sich frei gemacht hat von diesem tödlichen Unsinn ist nicht festgelegt. Ob wir innerhalb oder außerhalb des Euro sein werden, wir brauchen eine Basisbewegung zur Unterstützung in Deutschland und anderen Ländern. Lasst mich euch mitteilen, was der angesehene Beobachter Ambrose-Evan Pritchard vom »Telegraph« am letzten Donnerstag geschrieben hat: *»Es gibt keinen notwenigen Grund, warum Griechenland außerhalb der Währungsunion in eine Zusammenbruchsspirale geraten sollte oder warum die Drachme auf Dritte-Welt-Niveau abstürzen sollte. Das würde nur passieren, wenn die EU beschließen würde, dass es passieren solle.«* SYRIZA sagt, dass wir zur Austeritätspolitik nein sagen und trotzdem im Euro bleiben können, weil die Konsequenz eines Rauswurfs das Ende der Währungsunion bedeuten würde. Radikalere Strömungen innerhalb der griechischen Linken glauben, wir sollten unsere eigene Währung bekommen und die Wirtschaft jetzt wieder aufbauen, bevor es nichts mehr gibt, was man wieder aufbauen könnte.

Auf jeden Fall brauchen wir die Unterstützung nicht nur der deutschen Linken, nicht nur von den wunderbaren Menschen, die an der Soli-Reise teilnahmen, obwohl diese Hilfe natürlich sehr willkommen und akzeptiert ist. Sondern von allen, die jemals in diesem Land waren, die die entspannte Atmosphäre einer griechischen Insel genossen haben, von allen, die nicht wollen, dass aus dem unbeschwerten Griechenland eines dieser armseligen, von Armut und Kriminalität geplagten Ferienziele wird. Und wir brauchen natürlich die Unterstützung von jedem in Deutschland, der sich kümmert um …. die Menschen in Deutschland.

Die Krise ist ganz offensichtlich eine Gelegenheit zur Umverteilung von unten nach oben, und es ist absurd anzunehmen dass der Angriff auf die breite Bevölkerung in Griechenland halt machen wird oder in Spanien oder in Portugal. Einige von euch waren schon davon betroffen, als unter Kanzler Schröder die Löhne stagnierten und euch Minijobs angeboten wurden, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu verbessern. Bald werden viel mehr Deutsche an die Reihe kommen, wenn die Rettungsprogramme explodieren und die Kredite nicht zurückbezahlt werden können. Dann wird es ein Loch im deutschen Haushalt geben, und ihr dürft mal raten, was geopfert werden soll, um es zu stopfen: eure Renten, eure Sozialleistungen, eure Erziehung, eure Gesundheitsversorgung. Das ist es, worum es in den letzten zweieinhalb Jahren ging. Als die Schuldenkrise begann, wurde ein Großteil der griechischen Schulden von Nichtgriechen gehalten, vor allem von französischen und deutschen Banken (141,5 Milliarden Euro im Dezember 2009). Gierige und rücksichtslose Banken waren die Auslöser der Finanzkrise, und es wäre nur recht und billig gewesen, wenn sie auch die Konsequenzen hätten tragen müssen, als sich die Finanzkrise in eine Schuldenkrise verwandelte. Natürlich passierte das nicht. Während die deutsche Gesellschaft schlief, wurden die griechischen Schulden erfolgreich auf die Schultern des sogenannten »amtlichen Sektors« abgeladen, also auf die europäischen Steuerzahler (im Dezember 2011 waren nur noch 35 Milliarden Euro Schulden im Besitz nichtgriechischer Banken, vermutlich sind es jetzt noch weniger).

Es wird der Zeitpunkt kommen, da eure Regierung die Sparpolitik auf euch anwendet, wobei sie die Schuld wieder auf die Griechen schieben wird. Die Bühne wird bereitet für eine tiefe Spaltung zwischen uns, während die tatsächlich Verantwortlichen weiterhin business as usual machen werden [so tun, als ob nichts gewesen wäre]. Deshalb ein abschließender Vorschlag: Diejenigen unter euch, die verstehen, was tatsächlich vorgeht, könnten wenigstens versuchen, die andern zu warnen.

Noch einmal:

Ein vereintes Volk kann nicht besiegt werden. ■

■ ÜBER 100.000 MENSCHEN VERSAMMELTEN SICH VOR DEM PARLAMENT.

Gestern war ein großer Tag.

Die Reisegruppe besucht die Betriebsversammlung eines Krankenhauses in Athen am 20. September 2012

Brief von Moisis Litsis vom 8. November 2012

Liebe Genossen, ich will versuchen euch über die jüngste Entwicklung in Griechenland zu informieren. Gestern war ein großer Tag. Über 100.000 Menschen versammelten sich vor dem Parlament, in dem die Abgeordneten das neue Memorandum diskutierten, das nur aus einem einzigen Artikel bestand (!!!), der 700 Seiten lang war, und an die Parteien am Morgen verteilt worden war – parlamentarische Demokratie von ihrer besten Seite! Wenn es nicht geregnet und es keine Provokationen von Molli-Werfern im Namen das »Anarchismus« gegeben hätte, hätten die Menschen die ganze Nacht bleiben können. Was auch noch ermutigend war, war, dass in der Demonstration die Anhänger von SYRIZA, KKE (Kommunistische Partei) und ANTARSYA (Extreme Linke) de facto zum ersten Mal sich vereinigten – die KKE organisisert sonst immer getrennte Demos. Am Dienstag und Mittwoch war ein zweitägiger Generalstreik – am Dienstag war die Demo nicht so massenhaft, weil sogar die U-Bahn-Beschäftigten streikten, so dass es für viele Streikende schwierig war, ins Zentrum von Athen zu gelangen. Sie streiken immer noch – sogar die Taxifahrer streiken bis morgen. Am Dienstag waren auch viele kleine Läden geschlossen. Das neue Memorandum wurde mit 153 von 300 Stimmen beschlossen. Sogar einige PASOK-Abgeordnete stimmten dagegen – sie wurden aus der Partei ausgeschlossen. Einige Mitglieder der Demokratischen Linken stimmten nicht ab – die offizielle Linie war mit »anwesend« zu stimmen [bedeutet wohl Stimmenthaltung] – ein Abgeordneter stimmte dafür (!), er ist ein verrückter Regenbogenpresse-Journalist (»celebrity journalist«). Sogar ein Abgeordneter der Nea Demokratia stimmte dagegen. Die PASOK bricht zusammen und die Demokratische Linke hat auch große Probleme.

Die neuen Maßnahmen sind sehr hart. Die Tarifverträge sind offiziell abgeschafft – der Staat legt das neue Mindesteinkommen fest, 580 Euro, für unter 25-Jährige 510 Euro. Der Verheiratetenzuschlag wird abgeschafft, was 10% Kürzung bedeutet, zusätzlich zu den 40% im öffentlichen und privaten Sektor in den letzten Jahren. Abfindungen werden um die Hälfte gekürzt für diejenigen, die mehr als 16 Jahre im selben Betrieb arbeiten. Renten werden ab einer Höhe von 1000 Euro gekürzt. Jeder, der ein Medikament kauft, muss einen Euro mehr bezahlen (das ist eine Menge Geld für die armen älteren Menschen, die viele Medikamente benötigen). Um in ein öffentliches Krankenhaus zu kommen, muss man 25 Euro bezahlen. Alle bestehenden Gesundheits- und Rentenversicherungen, auch die selbstständigen, die ohne staatliche Finanzierung auskommen, werden gezwungen sich mit EOPYY zusammenzuschließen, welches die bankrotte nationale Rentenversicherung ist. Alle Gesundheitsversicherungen haben Millionen von Euro verloren nach der Umschuldung, und auch die guten Gesundheits- und Rentenversicherungen (z.B. die für uns Journalisten) werden in zwei bis drei Jahren kein Geld mehr haben, um alle Ausgaben zu decken. Und es gibt natürlich noch jede Menge anderer Einzelmaßnahmen, die unser Leben komplett zerstören – ich glaube, etwas Ähnliches passierte im Chile Pinochets.

Am 14. November wird es neue Demonstrationen geben. Um die Wahrheit zu sagen, es ist nicht einfach, in einen unbefristeten Streik zu treten, weil man eine Menge Geld in einer sehr schwierigen Zeit verliert. Auf jeden Fall radikalisieren sich mehr und mehr Menschen und gehen auf Demos usw. Syriza verlangt jetzt Neuwahlen, was vielleicht bald passieren wird, weil es für die Regierung sehr schwer wird, mit ihrer schmalen Mehrheit all diese Maßnahmen umzusetzen, und die Troika macht sehr viel Druck. Schäuble sagte gerade wieder, dass es nicht sicher sei, dass sie uns das Geld geben werden. Mein Eindruck ist, dass Deutschland (und die EU) uns kein Geld geben werden, sie werden Griechenland zwingen aus dem Euro auszuscheiden. Denn wenn der Staat kein Geld hat zu bezahlen, wird er de facto eine »nationale« Währung drucken müssen.

In der letzten Umfrage waren 74% für den Euro, aber 70% sagen, nicht zu jedem Preis, 72% sind überhaupt gegen die Sparmaßnahmen, 78% sind der Ansicht, dass sich das Land auf dem falschen Weg befindet.

Ich bin sicher, dass der Widerstand weiter geht, aber es ist schwierig, alle Bereiche für einen unbefristeten Streik zu mobilisieren, wie es manche Genossen von der extremen Linken wollen. Mobilisierungen wie die vom 14.11. auf einer gesamteuropäischen Ebene können helfen. Wir werden sehen, ob es in den nächsten Tagen mit der Mobilisierung der Griechen weitergeht. Irgendwie waren die Leute nach 2010 oft müde oder enttäuscht, aber sie gingen wieder und wieder auf die Straße. Meines Erachtens müssen wir eine vereinte Bewegung schaffen (sehr schwierig) und eine echte linke Alternative, die die Macht ergreifen und beginnen kann, Dinge zu ändern (auch das ist schwierig; denn auch wenn man die besten Absichten hat, muss man die reaktionären Kräfte innerhalb und außerhalb Griechenlands bekämpfen; ich bin mir nicht sicher, ob Syriza das realisiert).

Ich wünsche euch alles Gute und viel Erfolg bei eurer Veranstaltung! Solidarität mit den verzweifelt kämpfenden Griechen und all den anderen Menschen in Europa! Vergesst nicht die Gefahr durch die Goldene Morgenröte (die Neonazis)! *Moisis* ■

Diskussion mit Vertretern der Belegschaft »Aluminium of Greece«, 21. September 2012

■ REFERATE AUS DER REISEGRUPPE NACH IHRER RÜCKKEHR

»Wir leben unter einer parlamentarischen Diktatur«

Ich will zum Abschluss eine kurze politische Zusammenfassung unserer Reise-Eindrücke zur Diskussion stellen.

1. Bedingungen und Schwierigkeiten des gewerkschaftlichen Widerstandes

Den Gewerkschaften ist es – trotz zahlreicher Generalstreiks – nicht gelungen, die mit den Memoranden verbundenen Spardiktate abzuwehren oder wenigstens zu mildern. Im Gegenteil, die Daumenschrauben durch die Troika werden immer enger gezogen. Die tiefe wirtschaftliche Depression hat der über Jahrzehnte praktizierten Tarifpolitik den Boden entzogen. In einer Situation, in der Betriebe massenhaft Konkurs anmelden mussten, viele andere ums Überleben kämpfen, in der ein Viertel der Bevölkerung arbeitslos ist und zehn Prozent seit über einem halben Jahr keinen Lohn mehr ausbezahlt bekamen; in einer solchen Situation sind die Gewerkschaften mit ihrem Tariflatein am Ende. Was die Krise an tariflichen Möglichkeiten noch übrig ließ, wurde von der Regierung beseitigt. Mit ihrer parlamentarischen Mehrheit beschloss sie unter anderem:

– Auslaufende Branchentarife verlieren ihre bindende Wirkung; individuelle und betriebliche Vereinbarungen haben nun Vorrang.
– Den Gewerkschaften wurde verboten Lohnerhöhungen zu vereinbaren, solange die Arbeitslosenquote über 10 Prozent liegt.
– Die Löhne im öffentlichen Dienst werden durch die Regierung und das Parlament geregelt.

»Wir leben unter einer parlamentarischen Diktatur«, so das Fazit eines unserer gewerkschaftlichen Gesprächspartner. Die gewerkschaftliche Strategie – als Tarif- und Sozialpartner die Interessen der abhängig Beschäftigten innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu sichern und auszubauen – ist in Griechenland völlig in sich zusammengebrochen. Dementsprechend sank das Ansehen der gewerkschaftlichen Dachverbände bei den arbeitenden Menschen – auch wegen der engen Verbindung der vom Staat bezahlten Gewerkschaftsfunktionäre zu den etablierten Parteien, vor allem zur PASOK.

2. Die Selbstdemontage der parlamentarischen Demokratie und das Aufkommen einer faschistischen Massenbewegung

»Die parlamentarische Demokratie ist kaum mehr eine Attrappe, hinter der sich der autoritäre Maßnahmestaat formiert«, erklärte Gregor Kritidis hier im IG-Metall-Haus vor einem dreiviertel Jahr. Das können wir nach unserem Aufenthalt in Griechenland nur bestätigen. Die mit den Memoranden verbunden Sparauflagen ließen sich nicht durchsetzen ohne den Bruch der griechischen Verfassung, der parlamentarischen Regeln und vor allem der Arbeits- und Gewerkschaftsrechte. Seit zweieinhalb Jahren befindet sich die griechische Demokratie in einem Prozess der Selbstdemontage, begleitet von einem Erstarken des außerparlamentarischen Widerstandes auf der Linken und dem Aufkommen einer faschistischen Massenpartei.

Die Wahlergebnisse spiegeln diese Entwicklung wieder. Zwei Beispiele:

1. 2009 wurde die PASOK mit 44% zur stärksten Partei, im Juni dieses Jahres erhielt sie noch 12%, nach neuesten Umfragen liegt sie jetzt bei 5%. Sie befinde sich im Auflö-

sungsprozess, so die Kommentare zur Abstimmung über das dritte Memorandum.
2. Die faschistische »Goldene Morgenröte«, die 2009 nur 0,3% der WählerInnen mobilisieren konnte, erhielt bei den letzten Wahlen 7% und liegt nach neuesten Umfragen bei 14%.

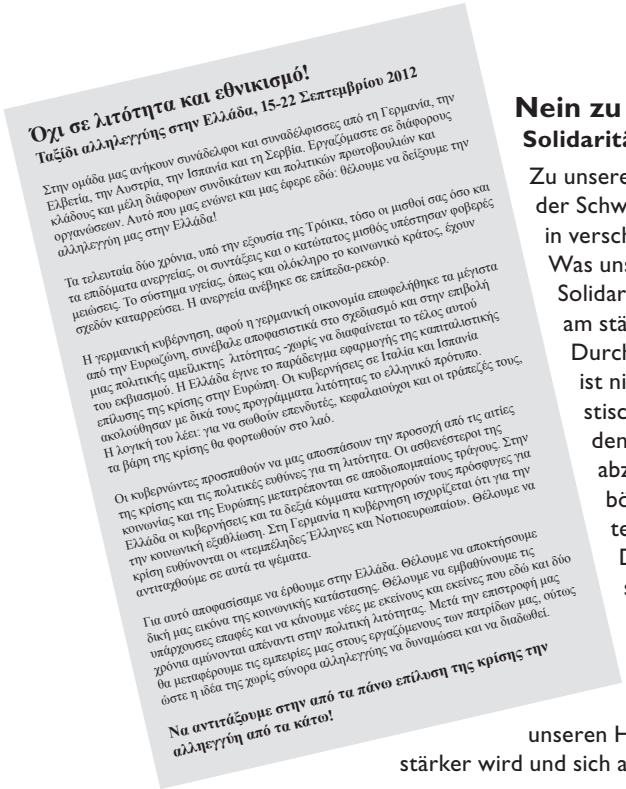
Dem Kapital, der herrschenden Klasse und der Regierung in Griechenland nutzt das Erstarken einer faschistischen Partei.
1. So wird verhindert, dass der allgemein verbreitete Unmut sich allein im linken politischen Spektrum sammelt und damit den Widerstand gegen die Spardiktate stärkt. Die Goldene Morgenröte verschafft der Wut der Menschen ein für die Herrschenden ungefährliches Ventil. Sie lenkt sie in eine nationalistische und rassistische Richtung.
2. Die Angriffe der Faschisten – in Kooperation mit den Sondereinheiten der Polizei – dienen zudem der Einschüchterung von Flüchtlingen und von linken AktivistInnen aus Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Parteien.

3. Der Aufbau von Widerstandsstrukturen

Bei all unseren GesprächspartnerInnen, egal aus welchem Bereich des sozialen und politischen Widerstandes, spielte das Erstarken der »Morgenröte« eine wichtige Rolle. Es wurden die Parallelen zur Weltwirtschaftskrise und zum Ende der Weimarer Republik angesprochen. Und wir wurden nach unseren historischen Erfahrungen in Deutschland gefragt. Einig waren sich fast alle unsere Gesprächspartner in drei Dingen:
1. Die Leute wollen praktische Lösungen und keine großen Worte. So wird die Vernetzung der sozialen Selbsthilfeinitiativen und der Betriebsgewerkschaften von Seiten der Linken auch zu einem zeitlichen Wettlauf mit der »Morgenröte« um den Einfluss innerhalb der zusehends verarmenden Bevölkerung.
2. Es bedarf angesichts der Regierungspolitik und des Entstehens einer faschistischen Massenbewegung einer einheitlichen Front auf der Linken. Doch die scheitere an deren Zerstrittenheit, vor allem am sektiererischen Vorgehen der KKE und von dessen Gewerkschaftsbund, der PAME.
3. Griechenland wurde zu einem Experimentierfeld der Troika. Auf sich allein gestellt, kann die griechische Bevölkerung die Angriffe nicht zurückschlagen. Sie ist darauf angewiesen, dass auch in anderen europäischen Ländern der Widerstand wächst und ihnen zur Hilfe kommt.

Manfred, ein Teilnehmer aus Hamburg, hat die Politik der Troika gegenüber der griechischen Bevölkerung mit einem Blitzkrieg verglichen. Er soll den Angegriffenen keine Zeit lassen, um eine effektive Verteidigung zu organisieren. Innerhalb von zwei Jahren wurden die über Jahrzehnte gewohnten Formen der gewerkschaftlichen und politischen Interessenvertretung zerstört. Der Alltag – mit den früher existierenden Sicherheiten und Gewohnheiten – wurde völlig umgekrempelt. An seine Stelle trat der Kampf ums Überleben – die Angst vor Krankheiten und dem Verlust der Wohnung, vor Rechnungen und Mahnungen, die immer öfter nicht beglichen werden können, vor wachsenden Schuldenbergen bei Banken, Familienangehörigen oder Freunden. Unter diesen Bedingungen müssen unsere Kolleginnen und Kollegen in Griechenland
– den Widerstand aufrechterhalten,
– effektivere Strukturen der gewerkschaftlichen und sozialen Gegenwehr aufbauen
– und nach einem gesellschaftlichen Ausweg suchen.

Nach einigen Tagen des Aufenthalts in Athen haben wir alle die Spannungen gespürt, die in der Luft lagen. *»Ein drittes Memorandum vertragen wir nicht mehr«*, lautete die Botschaft. Die Spannungen haben sich mit den Streiks und Demonstrationen anlässlich der Verabschiedung des dritten Memorandums entladen. Sie werden die kommenden harten Wintermonate und die Umsetzung der Spardiktate begleiten. ■



Όχι σε λιτότητα και εθνικισμό!

Ταξίδι αλληλεγγύης στην Ελλάδα, 15-22 Σεπτεμβρίου 2012

Στην ομάδα μας ανήκουν συνάδελφοι και συναδέλφισσες από τη Γερμανία, την Ελβετία, την Αυστρία, την Ισπανία και τη Σερβία. Εργαζόμαστε σε διάφορους κλάδους και μέλη διάφορων συνδικάτων και πολιτικών προτοβουλιών και οργανώσεων. Αυτό που μας ενώνει και μας έφερε εδώ: θέλουμε να δείξουμε την αλληλεγγύη μας στην Ελλάδα!

Τα τελευταία δύο χρόνια, υπό την εξουσία της Τρόικα, τόσο οι μισθοί σας όσο και τα επιδόματα ανεργείας, οι συντάξεις και ο κατώτατος μισθός υπέστησαν φοβερές μειώσεις. Το σύστημα υγείας, όπως και ολόκληρο το κοινωνικό κράτος, έχουν σχεδόν καταρρεύσει. Η ανεργεία ανέβηκε σε επίπεδα-ρεκόρ.

Η γερμανική κυβέρνηση, αφού η γερμανική οικονομία επωφελήθηκε τα μέγιστα από την Ευρωζώνη, συνέβαλε αποφασιστικά στο σχεδιασμό και στην επιβολή μιας πολιτικής αμείλικτης λιτότητας -χωρίς να διαφαίνεται το τέλος αυτού του εκβιασμού. Η Ελλάδα έγινε το παράδειγμα εφαρμογής της καπιταλιστικής επίλυσης της κρίσης στην Ευρώπη. Οι κυβερνήσεις σε Ιταλία και Ισπανία ακολούθησαν με δικά τους προγράμματα λιτότητας το ελληνικό πρότυπο. Η λογική του λέει: για να σωθούν επενδυτές, κεφαλαιούχοι και οι τράπεζές τους, τα βάρη της κρίσης θα φορτωθούν στο λαό.

Οι κυβερνώντες προσπαθούν να μας αποσπάσουν την προσοχή από τις αιτίες της κρίσης και τις πολιτικές ευθύνες για τη λιτότητα. Οι ασθενέστεροι της κοινωνίας και της Ευρώπης μετατρέπονται σε αποδιοπομπαίους τράγους. Στην Ελλάδα οι κυβερνήσεις και τα δεξιά κόμματα κατηγορούν τους πρόσφυγες για την κοινωνική εξαθλίωση. Στη Γερμανία η κυβέρνηση ισχυρίζεται ότι για την κρίση ευθύνονται οι «τεμπέληδες Έλληνες και Νοτιοευρωπαίοι». Θέλουμε να αντιταχθούμε σε αυτά τα ψέματα.

Για αυτό αποφασίσαμε να έρθουμε στην Ελλάδα. Θέλουμε να αποκτήσουμε δική μας εικόνα της κοινωνικής κατάστασης. Θέλουμε να εμβαθύνουμε τις υπάρχουσες επαφές και να κάνουμε νέες με εκείνους και εκείνες που εδώ και δύο χρόνια αμύνονται απέναντι στην πολιτική λιτότητας. Μετά την επιστροφή μας θα μεταφέρουμε τις εμπειρίες μας στους εργαζόμενους των πατρίδων μας, ούτως ώστε η ιδέα της χωρίς σύνορα αλληλεγγύης να δυναμώσει και να διαδοθεί.

Να αντιτάξουμε στην από τα πάνω επίλυση της κρίσης την αλληεγγύη από τα κάτω!

Nein zu Spardiktaten und Nationalismus!

Solidaritätsreise nach Griechenland, 15. bis 22. September 2012

Zu unserer Reisegruppe gehören Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, Spanien und Serbien. Wir arbeiten in unterschiedlichen Branchen und sind in verschiedenen Gewerkschaften als auch politischen Initiativen und Gruppen aktiv. Was uns eint und zusammengeführt hat: Wir wollen in Griechenland ein Zeichen der Solidarität setzen! [...] Die deutsche Regierung war, nachdem die deutsche Wirtschaft am stärksten von der Eurozone profitiert hat, federführend an der Ausarbeitung und Durchsetzung der unerbittlichen Spardiktate beteiligt – und ein Ende der Erpressung ist nicht absehbar. Griechenland wurde zum Exempel für die Umsetzung der kapitalistischen Krisenlösung im europäischen Raum. [...] Die Herrschenden versuchen von den Ursachen der Krise und von den politisch Verantwortlichen für die Spardiktate abzulenken. Die Schwächsten in der Gesellschaft und in Europa werden zu Sündenböcken gestempelt. In Griechenland machen Regierungsvertreter und Rechtsparteien die bei Euch lebenden Flüchtlinge für die soziale Misere verantwortlich. In Deutschland behauptet die Regierung, die »faulen Griechen und Südeuropäer« seien an der Wirtschafts- und Finanzkrise schuld. Diesen Lügen wollen wir entgegentreten. Wir wollen uns selbst ein Bild machen von den sozialen Zuständen. Wir wollen Kontakte vertiefen und neue aufbauen mit denjenigen, die sich seit zwei Jahren gegen die Spardiktate zur Wehr setzen. Nach unserer Rückkehr werden wir die gewonnenen Erfahrungen an die arbeitenden Menschen in unseren Heimatländern weitergeben – damit die Idee der grenzübergreifenden Solidarität stärker wird und sich ausbreitet. *(Übersetzung aus dem Flugblatt der Reisegruppe)*

Treffen mit Gewerkschaftern des Transportbereichs

Wir trafen uns mit Kollegen des ÖPNV Athens in Piräus in ihrem Gewerkschaftsbüro auf der Endstation der Piräus-Linie. Es waren sowohl mehrere Gewerkschaftsorganisationen vertreten als auch engagierte Kollegen.

Verwirrend war für uns, dass praktisch jeder Betriebsbereich mindestens eine Gewerkschaft hat. Insgesamt sind dort sieben Gewerkschaften aktiv, von denen eine z.B. 180 Mitglieder von 1005 Beschäftigten hat, eine andere vertritt 50 Beschäftigte des Kontrollzentrums. Alle sind Mitglied des Verbandes für den Transportsektor. Ebenso gibt es einen regionalen Verband für die Stadt Piräus. Alle sind auch Mitglied des Dachverbandes der GSEE.

Die vertretenen Gewerkschaftsfunktionäre berichteten erst über ihre Situation, die seit drei Jahren von massiven Angriffen geprägt ist: Lohnkürzungen bis zu 30%, Entlassungen, Rentenkürzungen, Beseitigung gewerkschaftlicher Rechte, Privatisierungen, Wirtschaftskrise (seit 2009 Rückgang BIP um 22%). Jetzt wird gerade über das dritte Sparpaket verhandelt, das eine weitere Verschlechterung bringen wird. Die Angst war mit Händen greifbar.

Ich berichtete von unseren Erfahrungen im Kampf gegen die Privatisierung der S-Bahn Berlin:

- Wie die kämpfenden KollegInnen dabei von den jeweiligen Gewerkschaftsführungen und den Betriebsräten im Stich gelassen wurden. Mein Fazit dazu: Kampf um unsere Gewerkschafts-Organisationen.
- Ein Beispiel von der Dienstdauer der Lokführer bei den privaten Güterverkehrsunternehmen (22 Stunden auf der Lok), war so etwas wie der Startschuss für eine lebhafte Diskussion, die über Grußworte an uns von den griechischen Kollegen geführt wurde. Dabei kam auf einmal zur Sprache, dass auch ihr Dachverband die Basis im Stich gelassen hat.

Es scheint also durchaus ähnliche Probleme zu geben, wie wir sie in Deutschland kennen. Obwohl die Differenzen nur indirekt zur Sprache kamen, war die Situation plötzlich ganz angespannt.

Sie berichteten uns, dass die Transportgewerkschaften für den Donnerstag (20. September) einen Streik gegen die Sparpolitik planen. Sie wollen um den Erhalt ihres Lohnes kämpfen, denn die dritte Überweisung der EU, verbunden mit einer weiteren 13%-Lohnkürzung, stand bevor. Das Besondere in ihren Streikforderungen war, keine Fahrpreiserhöhungen im ÖPNV Athens vorzunehmen.

Von der Streikdemo möchte ich kurz berichten. Hier kamen wir mit Kollegen der Metro ins Gespräch, die uns über ihren sozialen Abstieg berichteten:

- Nico verdiente in Berlin in einem griechischen Restaurant etwa 2000 Euro (einschließlich Trinkgeld);
- Er ging 2005 wieder nach Athen, ist dort Verantwortlicher für die Materialausgabe bei der Metro, Familiengründung und Wohnungskauf. Mit seinem Lohn (zwischen 1300 Euro bis 1500 Euro) konnte er noch einen normalen Lebensstandard halten;
- Seit 2010 gab es den Verlust von 40% des Gehalts, er verdient heute nur noch 800 Euro brutto
- oben drauf kamen mehrere Steuererhöhungen, beispielsweise 4 Euro pro qm² für Wohneigentum – eingetrieben mit der Strom-Rechnung und, und, und;
- befragt, wie seine Familie über die Runden kommt, verweist er auf seinen Kühlschrank. Außer 2 Liter Milch für seinen dreijährigen Sohn befände sich dort nur Kondenswasser;
- und er berichtete über die Anmache eines Arbeitslosen (am Kiosk), er hätte doch Arbeit und streike für Lohn, die Arbeitslosen hätten gar nichts mehr.

Sein Fazit: ***»Die Arbeiterbewegung sei durchaus aktiv, so habe es in letzter Zeit alleine sieben größere Streiks gegeben, die unabhängig von der Führung der Dachverbände durchgeführt worden seien. Natürlich sei die große Zersplitterung in Tausende von Gewerkschaften eine Schwäche. Bemerkenswert sei aber, dass die Arbeiterbewegung sich insgesamt politisiert habe, denn ohne politischen Kampf gegen die Regierungspolitik seien gar keine Erfolge mehr möglich.«*** ■

Streikkundgebung an der U-Bahnstation vor dem Parlament

Selbstverwaltete Betriebe und Einrichtungen

Bei den Beschäftigten von »Bio Metaliki« in Thessaloniki

Thessaloniki war für uns ein Reiseziel, weil wir im Vorfeld von der Besetzung eines Krankenhauses in Kilkis in der Nähe von Thessaloniki erfahren hatten. Anna war Mitglied unserer Reisegruppe. Sie arbeitet in einem Krankenhaus in Wien und hatte zuvor Kontakt zu den BesetzerInnen dieses Krankenhauses aufgenommen. Ärzte und Krankenschwestern hatten das Krankenhaus besetzt um gegen die unzumutbaren Kürzungen im Gesundheitsbereich zu protestieren. Eine Zeit lang konnte das Krankenhaus den PatientInnen kostenlos Leistungen anbieten.

In einer Kneipe in Thessaloniki trafen wir mit der Ärztin Leta Zotakis zusammen Sie ist die Vorsitzende der Gewerkschaft der KrankenhausärztInnen von Kilkis. Sie berichtete, dass die Besetzung nicht aufrechterhalten werden konnte. Der Druck der Krankenhausleitung war zu groß und die Beschäftigten waren nicht einig und entschlossen genug, diesem Druck standzuhalten.

Zusammen mit den Privatisierungsgegnern Giorgos, Maria und Eleni trafen wir Kostas Marioglou den Vorsitzenden der Betriebsgewerkschaft des kommunalen Wasserbetriebs in Thessaloniki. Die Privatisierung des Wasserbetriebs ist eine Auflage der Troika. Absurd findet Kostas, weil der Erlös des Verkaufspreises durch die Gewinne in drei Jahren ausgeglichen wird. Interessant an diesem Treffen war, dass die Gruppe in einem europäischen Netzwerk gegen Wasserprivatisierung zusammenarbeitet, das im Juni ein Treffen in Italien abgehalten hatte. Neben der Verteidigung der Wasserversorgung will die Gruppe Alternativen fördern und die Menschen ermutigen ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.

Baustoffhersteller in Hand der Belegschaft

Auch Makis gehört zu den Unterstützern. Er ist der Vorsitzende der Betriebsgewerkschaft von Bio Metaliki. Das Unternehmen stellte Baustoffe her. Nach dem Konkurs des Mutterkonzerns gab es für Bio Metaliki keine Aufträge mehr. Seit dem Mai 2011 haben die Arbeiter keine Löhne bekommen, und im Juli hatte sich der ehemalige Besitzer endgültig abgesetzt. Unstrittig ist, dass das Inventar inzwischen den Arbeitern gehört. Was fehlt, sind die Besitztitel. Solange sie diese nicht haben, dürfen sie keine Produkte ausliefern. Die Arbeiter wollen sie vor Gericht einklagen, aber das Verfahren zieht sich hin.

Aus dem turbulenten Stadtzentrum von Thessaloniki fuhren wir in ein weitläufiges Industriegebiet. Nach einem besetzen Betrieb sah es hier nicht aus. Es gab keine Transparente und keine Streikposten, dafür aber wir eine herzliche Begrüßung von ca. 15 Arbeitern. Weil die Belegschaft sich nicht mit der Arbeitslosigkeit abfinden will, hat sie den Betrieb besetzt und will weiter produzieren. Um ihr Ziel, eine Arbeiterkooperative, durchzusetzen müssen sie politisch Druck machen. Dafür wurde eine »Karawane der Solidarität« organisiert. die in Alexandropolis ganz im Nordosten startete, unterwegs weitere Teilnehmer einsammelte und Mitte Oktober in Athen eintraf. Ein Solikonzert zur Mobilisierung brachte die nötigen Finanzen

Milenko, ein serbisches Mitglied unserer Delegation, sieht Parallelen zur Situation in Serbien, wo bereits eine Reihe von Betrieben von den Arbeitern übernommen wurde. Es gibt auf dem Balkan ähnliche Kultur- und Wirtschaftsstrukturen. Das Koordinationskomitee der besetzten Betriebe, in dem Milenko arbeitet, könnte ein Modell auch für andere Balkanländer sein.

Das solidarische Gesundheitszentrum

Am Samstag besuchten wir das Gesundheitszentrum der Solidarität in Thessaloniki. Der erste Eindruck war, dass hier in einem politischen Projekt gearbeitet wird: Antifaschistische Plakate, Informationen in mindestens vier nichteuropäischen Sprachen hängen neben Kinderzeichnungen. An diesem Tag hatten der Kinderarzt Moises und eine Zahnärztin Dienst. Anastasia, die Psychotherapeutin hatte sich an ihrem arbeitsfreien Samstag extra für uns für uns Zeit genommen. Insgesamt arbeiten ca. 40 Ärzte/innen

sowie weiteres medizinisches Fachpersonal ehrenamtlich und unentgeltlich. Die Räume gehören der Regionalorganisation Thessaloniki des Griechischen Gewerkschaftsverbandes und werden dem Gesundheitszentrum unentgeltlich überlassen.

Ursprünglich zur medizinischen Versorgung von Flüchtlingen gegründet, wird es zunehmend von GriechInnen in Anspruch genommen, die die fälligen Gebühren des staatlichen Gesundheitssystems nicht mehr aufbringen können. Dabei steht eine weitere Verschlechterung der Gesundheitsversorgung bevor. Von den ca. 140 staatlichen Krankenhäusern sollen 60 zusammengelegt bzw. geschlossen werden. Moises und Fanny erklärten uns, dass das Gesundheitszentrum nur eine Art erste Hilfe bieten kann. Für Therapien und längerfristige Behandlungen reichen die Kapazitäten nicht. Hier setzt der politische Anspruch an. Neben der eindeutig antirassistischen Positionierung wird die Durchsetzung des Rechtes auf medizinische Behandlung auch für die sozial Schwachen gefordert.

Die Ärzte/innen des Zentrums intervenierten in den öffentlichen Krankenhäusern, um eine »Blutspendenaktion« der Faschisten zu stoppen, die aufgerufen hatten, griechisches Blut nur Griechen zu spenden. Die Krankenhausleitungen hatten die Aktion erlaubt. Letztlich mussten die Faschisten ihre Aktion abbrechen. Es waren ohnehin nur ihre eigenen Anhänger, die zum Spenden gekommen waren. Der Unsinn dieser Aktion war offensichtlich, aber sie haben es wieder mal geschafft, mit ihrer Propaganda in die Medien zu kommen.

Wir übergaben unsere gesammelten Spenden in der Gewissheit, dass das Geld einer wichtigen politischen Initiative zu Gute kommt, die in Griechenland weiter Schule machen wird. ■

Das folgende Interwiew zur Arbeit der »sozialen Krankenstation der Solidarität« in Thessaloniki haben wir der »Graswurzelrevolution 373« entnommen. (Interview und Übersetzung Ralf Dreis)

Interview mit Serafía Kalamítsou

37 Jahre, Kinderärztin, Anarchistin und von Beginn an im SKS aktiv.

RD: Hallo Serafía, kannst du als erstes etwas zur Situation in Griechenland sagen und dann erklären von wem die Idee des Aufbaus der SKS ausging und wie sie umgesetzt wurde.
SK: [...] Im Februar 2011 während des Hungerstreiks von 300 Immigranten, die für einen legalen Aufenthaltsstatus in Griechenland kämpften, fanden wir uns als unterstützende Gruppe zusammen. 50 der Hungerstreikenden waren im Arbeiterzentrum Thessaloníkis untergebracht und hatten um Hilfe von Menschen aus dem Gesundheitsbereich gebeten. Verschiedene ÄrztInnen, KrankenpflegerInnen und PsychotherapeutInnen – hauptsächlich AnarchistInnen, Antiautoritäre und Linke – gründeten daraufhin eine solidarische Krankenstation im Arbeiterzentrum um die Hungerstreikenden ärztlich zu begleiten. Die lebten zum Großteil schon seit vielen Jahren ohne legalen Status in Griechenland und hatten immer wieder Anträge eingereicht und viel Geld an diverse Behörden gezahlt um legale Aufenthaltspapiere zu bekommen. Letztendlich blieb ihnen nur noch das Mittel des Hungerstreiks um ihre Rechte einzufordern. Nach dessen Ende, und erfüllt vom Enthusiasmus unserer fruchtbaren Zusammenarbeit jenseits der Krankenhausarbeit, beschlossen wir als Unterstützergruppe eine soziale Krankenstation für Flüchtlinge in unserer Stadt aufzubauen.

RD: Am Anfang dachtet ihr also an eine Krankenstation ausschließlich für Flüchtlinge.
SK: Ja, allerdings beschlossen wir schnell, alle Menschen ohne Krankenversicherung mit einzubeziehen, also MigrantInnen und GriechInnen, und noch während wir diskutierten und Plena abhielten, wie das Projekt umzusetzen sei, schlugen die Spardiktate von IWF, EU-Kommission und EZB voll auf die griechische Gesellschaft durch. Mit dem Ergebnis, dass die Zahl der Nichtversicherten so rapid anstieg, dass inzwischen weit über die Hälfte unserer PatientInnen GriechInnen sind. [...]

RD: Kontrolliert ihr ob eure PatientInnen krankenversichert sind?
SK: Nein, wir wollen das nicht kontrollieren. Wir haben immer wieder öffentlich erklärt, dass wir nicht vorhaben – und es abgesehen davon auch nicht können – das bestehende staatliche Gesundheitssystem zu ersetzen. [...] Wir sind für all diejenigen da, die vom kapitalistischen System ausgeschlossen wurden, die aus den Krankenhäusern und Gesundheitszentren rausfliegen und nirgends anders behandelt werden. Wir haben nicht die Absicht für immer zur Verfügung zu stehen, sondern versuchen die politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle Menschen einen gleichberechtigten Zugang zum Gesundheitssystem haben und niemand von der Behandlung im Krankenhaus ausgeschlossen ist. Wir können nur eine gesundheitliche Grundversorgung bereitstellen, doch sobald eine Operation oder eine Wirbelsäulentomografie nötig wird, müssen unsere PatientInnen gezwungenermaßen in irgendein Krankenhaus. Es ist also unabdingbar für alle Menschen eine kostenlose Gesundheitsversorgung zu erkämpfen, unabhängig davon, ob sie krankenversichert sind oder nicht. [...]
RD: In Deutschland interessieren sich viele Menschen für die Arbeit des SKS. Ich denke die Mehrheit dieses sozial engagierten Teils der Bevölkerung, schätzt euer Projekt als karitativen Dienst ein. Stimmt das mit eurer Selbsteinschätzung überein?
SK: In Griechenland gibt es verschiedene Arten sozialer Krankenstationen. Wir bezeichnen uns als »Soziale Krankenstation der Solidarität«, oft ziehe ich persönlich die Bezeichnung »Solidarische Krankenstation« vor, da sie deutlicher ausdrückt für was wir stehen. Es gibt im Moment solidarische Krankenstationen wie uns, die selbstverwaltet und von der Basis auf selbstorganisiert arbeiten, keine Nichtregierungsorganisation (NGO) sind und nicht zur Kirche gehören. Es gibt außerdem soziale Krankenstationen, die karitative Arbeit leisten und von NGO, der Kirche oder Ärztevereinigungen unterhalten werden und es gibt die Nazipropaganda von Chrysí Avgí (Goldene Morgendämmerung), die »Soziale Krankenstationen nur für Griechen« angekündigt haben. Tatsächlich handelt es sich dabei um Propaganda, da diese Nazipartei nicht in der Lage ist solche Projekte zu verwirklichen. Eine ihrer so genannten sozialen Krankenstationen war für die Stadt Xánthi in Nordgriechenland angekündigt. Real handelt es sich um einen faschistischen Armeearzt, der nie einen Patienten behandelt hat.

RD: Am 13.September war in der Tagespresse zu lesen, dass Chrysí Avgí zu »Blutspenden nur für Griechen« aufruft.
SK: Ja, die Nachricht stimmt, aber auch dabei handelt es sich um Nazipropaganda von Chrysí Avgí mit der sie beweisen wollen, dass sie sich um die Griechen kümmern. GenossInnen aus Athen berichteten, dass sich nur 10 bis 12 Nazis an der Blutspendenaktion beteiligten. [...] Es ist lächerlich und unwissenschaftlich griechisches Blut für griechische Patienten oder deutsches für deutsche zu spenden. Ekelhaft und skandalös ist allerdings, dass die zuständige staatliche Behörde auf Anforderung von Chrysí Avgí tatsächlich eine Blutspendeeinheit zur Verfügung gestellt hat. Die Konföderation der Krankenhausärzte und die Allgriechische Ärztevereinigung haben die rassistische Blutspendenaktion dagegen in ihren Erklärungen scharf verurteilt.

RD: Zurück zu euch und euren Zielen als solidarischer Krankenstation. Außer Menschen ohne Krankenversicherung eine medizinische Grundversorgung zu gewährleisten, zielt ihr durchaus noch auf anderes ab.

SK: Wir haben das Projekt nicht gestartet um unsere Seele mit karitativer Arbeit zu retten, sondern verstehen uns als politisches Projekt mit einem klaren Ziel. Unser Hauptziel als SKS ist es zu zeigen, dass solidarische Strukturen funktionieren und das es durch solidarische Organisierung gelingen kann die Probleme zu überwinden, die durch die ökonomische Krise entstehen. Solidarität bedeutet dabei mehr als nur eine helfende Hand auszustrecken. Solidarische Strukturen können dann wirkungsmächtig werden, wenn Solidarität zum Teil des Bewusstseins wird, nicht nur unserer PatientInnen, sondern auch ihrer Familien, und der Viertel in denen sie wohnen. Während eines solchen Prozesses wird klar, dass solidarische Strukturen nicht nur im Gesundheitssektor geschaffen werden können sondern auch in allen anderen Bereichen unseres Lebens. Dieser Bewusstwerdungsprozess ist sehr schwer in Gang zu setzen. Wenn wir jedoch dabei stehen bleiben nur ein funktionierendes Gesundheitszentrum erschaffen zu haben, war unsere Arbeit umsonst. Erfolg haben wir dann, wenn es gelingt das SKS zum Teil einer allgemeinen Bewegung mit

Warteraum des »Gesundheitszentrums der Solidarität« in Thessaloniki

Die Reisegruppe hatte vor ihrer Fahrt ein Spendenkonto eingerichtet. Wir bitten unsere Leser um die weitere finanzielle Unterstützung des gewerkschaftlichen, sozialen und politischen Widerstandes in Griechenland. Wer den vollständigen Spendenbericht mit Angaben über die geförderten Projekte haben will, bekommt sie als PDF über: arpo.berlin@gmx.de

Spendenbericht

Liebe UnterstützerInnen, hier nun der erste Bericht über die Höhe der eingegangenen Spenden und ihre Verwendung. Zu Beginn der Reise waren genau 4400 Euro eingegangen, die wir auf unsere Reise mitnahmen.
Wir verwendeten sie wie folgt:

1) 700 Euro an das »Gesundheitszentrum der Solidarität« in Saloniki
2) 700 Euro an die Arbeiter des besetzten Betriebs »Viomechaniki Metalleutiki« in Saloniki
3) 500 Euro an ein selbstverwaltetes Gesundheitszentrum in Athen
4) 500 Euro an ein soziales Zentrum in Athen
5) 500 Euro an den besetzten Campingplatz von Voula
6) 1000 Euro an die im Aufbau befindliche »Redakteurszeitung«
7) 500 Euro an das Arbeiterzentrum von Livadia

Unsere Maßgabe war, dass wir keine Almosen verteilen wollten, sondern KollegInnen unterstützen wollten, die eigenständig und selbstverwaltet den Widerstand gegen die Spardiktate aufgenommen haben.

Spendenkonto

Manfred Klingele-Pape · Konto-Nr.: 1211 478 910
Hamburger Sparkasse (BLZ 200 505 50)
Verwendungszweck: Griechenland-Soli
Wer für ein bestimmtes Projekt spenden möchte, kann das beim Verwendungszweck anmerken.

dem Ziel der gesellschaftlichen Selbstverwaltung und Solidarität in der Stadt, aber auch im ganzen Land, zu machen.
RD: Es gibt ja eine ganze Menge selbstverwalteter Strukturen in Thessaloníki. Seid ihr untereinander koordiniert? Gebt ihr gemeinsame Texte oder politische Analysen heraus? Organisiert ihr Veranstaltungen oder Demonstrationen mit anderen Projekten wie dem sozialen Zentrum Mikrópolis, oder den BesetzerInnen des ehemaligen Armeegeländes im Westen der Stadt, die als »PerKa« kollektiv Gemüse anbauen? Habt ihr Kontakt zu den besetzten Häusern?
SK: Gemeinsame politische Texte haben wir bisher nicht herausgegeben, aber es gibt Plena zu denen wir gehen oder Menschen aus anderen Projekten, die auf unsere Plena kommen. Das Mikrópolis unterstützt uns beispielsweise finanziell mit einem festen monatlichen Beitrag. Mit verschiedenen anderen Gruppen der Stadt versuchen wir ein antifaschistisches, antirassistisches Netz aufzubauen. Es ist uns bisher nicht gelungen eine organisatorische Struktur zu erschaffen aber informell gibt es viele Verbindungen zwischen den verschiedenen Projekten. [...]

RD: Welche Reaktionen gibt es von Seiten des Staates oder der Massenmedien auf euch?
SK: Wir versuchen immer mit eindeutigen antirassistischen Positionen an die Öffentlichkeit zu treten und veröffentlichen unsere Texte in vielen verschiedenen Sprachen in der Stadt. Das SKS ist dadurch mittlerweile ziemlich bekannt und wird von vielen Menschen unterstützt. Eine Tatsache, die uns momentan vor direkten staatlichen Angriffen schützt. Die Massenmedien spielen ihr eigenes Spiel. Die präsentieren natürlich keine antikapitalistische oder antirassistische Perspektive, sondern wollen unsere »karitative« Arbeit herausstellen, weshalb wir im Umgang mit den Massenmedien sehr vorsichtig sind. Die Befürchtung liegt einfach nahe, dass sie unsere Inhalte völlig ins Gegenteil verdrehen und uns im Endeffekt als Ersatzkirche oder NGO darstellen.

RD: Wir haben vorhin die faschistischen Banden von Chrysí Avgí erwähnt. Ein Projekt wie das SKS drängt sich doch förmlich auf als Angriffsziel der Nazis?
SK: Diese Gefahr besteht tatsächlich, da im Stadtteil indem wir uns befinden nicht nur viele MigrantInnen wohnen, sondern sich auch das Parteibüro von Chrysí Avgí befindet. Wir machen uns durchaus Sorgen wegen möglicher Naziangriffe auf unsere PatientInnen oder uns selbst wenn wir spät abends das Haus verlassen. Bisher ist zum Glück nichts passiert. Abgesehen von den persönlichen oder informellen Verbindungen zu anderen Projekten über die wir gesprochen haben, gibt es eine antifaschistische Telefonkette, die bei Gefahr aktiviert wird.

RD: [...] Welche Möglichkeiten bestehen für solidarische Menschen aus Deutschland, die euren Kampf gegen die kapitalistische Barbarei unterstützen wollen?
SK: (lacht) Na, das Naheliegende ist natürlich die finanzielle Unterstützung. Geld brauchen wir immer und wie ich beschrieben habe gibt es Sachen, die wir kaufen müssen, also vor allem Zahnersatz, Plomben, Impfstoffe für Kinder und so weiter, was alles sehr teuer ist. Ein nicht krankenversichertes Kind bekommt beispielsweise keine Impfungen umsonst, was bedeutet, dass es nicht geimpft wird. Um später eingeschult zu werden, muss es allerdings den Impfausweis mit allen Schutzimpfungen vorweisen. Eltern, die nicht einmal genug Geld haben um ihre Kinder zu ernähren, können sich die teuren Impfungen einfach nicht leisten. Von solchen Verpflichtungen gegenüber den BürgerInnen hat sich der griechische Staat einfach verabschiedet, was mit der entsprechenden Rückendeckung der Massenmedien und verbreiteter rassistischer Propaganda zum weiteren Erstarken der Nazis führt. Bisher bekommen wir finanzielle Unterstützung von Betriebsgruppen, Vereinen, durch Veranstaltungen, von Privatpersonen oder durch andere Projekte wie das Mikrópolis. Das langt aber nicht und da sich die Situation weiter zuspitzen wird wären Spenden von GenossInnen aus Deutschland sehr willkommen. Darüber hinaus könnten solidarische ÄrztInnen, falls sie die Möglichkeit haben, uns bestimmte teure Medikamente zukommen lassen. Außerdem brauchen wir Ideen und Unterstützung im antifaschistischen Kampf und für antirassistische Mobilisierungen, wo ihr ja in Deutschland langjährige Erfahrungen habt. ■
Kontakt: koinwniko.iatreio@gmail.com

Redebeitrag für Gedenkstunde in Kesariani

Entwurf – abweichend vom gesprochenen Beitrag, da durch vorangehende Beiträge etliches schon gesagt wurde

Liebe Freundinnen und Freunde, Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen, lieber und hochverehrter Manolis Glezos –

wenige Worte im Namen unserer Reisegruppe, die sich zusammengefunden hat aus verschiedenen Betrieben und Gewerkschaften in der BRD, Österreich, der Schweiz, aus Österreich und Spanien, alle auch aus unterschiedlichen poltischen Zusammenhängen. Was uns verbindet, ist die Überzeugung, dass es notwendig ist hier bei Euch ein kleines Zeichen der Solidarität zu geben, ein Zeichen der Verbundenheit im Widerstand von unten gegen die zunehmenden Angriffe von oben, die zur Ausplünderung und Verelendung ganzer Völker führt, ein Zeichen im Bemühen um ein politisch vereinigtes, friedliches und soziales Europa seiner arbeitenden und derzeit arbeitslosen Bevölkerungen statt eines Europas unter dem Diktat des Kapitals.

Unser erster Weg führt uns hierher, nach Kesariani, weil wir es für unumgänglich halten, dass in Deutschland – welche Regierung auch immer – endlich der Verantwortung gerecht zu werden hat, die sich aus der Geschichte unserer beiden Länder ergibt.

1941 hat die Wehrmacht des faschistischen Deutschland Griechenland überfallen. Widerstand wurde mit Terrormaßnahmen niedergeschlagen, ganze Ortschaften wurden »ausgelöscht«. Die im Lande erzeugten Lebensmittel wurden beschlagnahmt zur Ernährung der deutschen Armeen auf dem Balkan und in Nordafrika, die Menschen hier hungerten und verhungerten. Joseph Goebbels notierte im Winter 1941/42 in seinem Tagebuch: *»Hunger ist zu einer endemischen Krankheit geworden. Leute sterben aus Erschöpfung zu Tausenden in den Straßen Athens.«* Kunstschätze wurden geraubt und »ins Reich« geschafft. Eine

Manolis Glesos berichtet während der Gedenkstunde über seine Erfahrungen

Zwangsanleihe hatte zur Folge, dass Griechenland nach dem Krieg die Mittel für den Wiederaufbau fehlten.

Für all das hat es seitdem keinen Ausgleich gegeben, Reparationszahlungen werden bis heute verweigert, die Tatsachen bleiben der deutschen Bevölkerung weitestgehend vorenthalten. Am 24. Juni 1987 erklärte der damalige deutsche Bundespräsident Richard von Weizäcker hier an dieser Stelle: *»Diese Gedenkstätte ist unlösbar mit der Geschichte Ihres und meines Volkes verknüpft… Kein Mensch, zumal kein Deutscher, kann hier stehen, ohne von der Botschaft dieses Ortes tief berührt zu sein.«* Seine blieben ohne Konsequenz für die seither in Deutschland Regierenden.

Hier in Kesariani, der in Griechenland »Altar der Freiheit« genannten Stätte, dem »Schießstand der Deutschen Wehrmacht«, wurden – von 1941 bis 1944 – 600 Griechen ermordet, die nicht bereit waren sich dem deutschen Besatzungsregime zu unterwerfen. »Der Tod ist ein Meister aus Deutschland« (Paul Celan) – das musste hier am 1. Mai 1944 auch eine Gruppe von 200 kommunistischen Häftlingen aus dem nahe gelegenen KZ Chaidari erfahren, so wie zuvor, am 5. September 1943, acht jugendliche Widerstandskämpfer, unter ihnen der erst 14 Jahre alte Andreas Likourinos, der im KZ Chaidari vor seiner Hinrichtung noch gefoltert worden war. Vom Wehrmachts-LKW, mit dem er durch Athen hierher transportiert wurde, warf er einen Zettel mit den Namen der sieben mit ihm Exekutierten: *»Papa! Sie bringen mich nach Kesariani zur Hinrichtung, zusammen mit 7 anderen* (hier folgen die Namen). *Ich bitte Dich sehr, verständige ihre Familien. Betrübe Dich nicht. Ich sterbe für die Freiheit und das Vaterland. Andreas«.* Seine Abschiedszeilen wurden in das Buch *»Und die Flamme soll euch nicht versengen. Letzte Briefe zum Tode Verurteilter aus dem europäischen Widerstand«* aufgenommen – Thomas Mann schrieb 1955 ein Vorwort dazu. Der italienische Komponist Luigi Nono vertonte die Zeilen in seinem Chorwerk »Il canto sospeso« (Kinder-Totenlieder).

Heinrich Heine: *»Aber ach! jeder Zoll, den die Menschheit weiter rückt, kostet Ströme Blutes; und ist das nicht etwas zu teuer? Ist das Leben des Individuums nicht vielleicht eben so viel wert wie das des ganzen Geschlechtes? Denn jeder einzelne Mensch ist schon eine Welt, die mit ihm geboren wird und mit ihm stirbt, unter jedem Grabstein liegt eine Weltgeschichte – »Still davon«, so würden die Toten sprechen, die hier gefallen sind, wir aber leben und wollen weiterkämpfen im heiligen Befreiungskriege der Menschheit.«*

Lasst mich Euch mit einem weiteren Zitat, diesmal von Bertolt Brecht, noch einen Gedanken weitergeben, der mich beschäftigt, seit wir diese Reise planen und den Besuch hier an dieser Mauer, deren Beschädigung die Todesschüsse bezeugen:

»Aber als er zur Wand ging, um erschossen zu werden
Ging er zu einer Wand, die von seinesgleichen gemacht war
Und die Gewehre, gerichtet auf seine Brust, und die Kugeln, geschossen in seinen Leib
Waren auch von seinesgleichen gemacht (...) Nicht einmal
Die auf ihn schossen, waren andere als er und nicht
ewig auch unbelehrbar.
Ihn aber führten seinesgleichen zur Wand jetzt
Und er, der es begriff, er begriff es auch nicht.«

Bertolt Brecht greift auf, was Karl Marx und Friedrich Engels bereits 1848 als Grundlage kapitalistischer Herrschaft definiert haben: die Konkurrenz der Arbeitenden unter sich. Ohne sie könnten die Herrschenden nicht herrschen. Diese Konkurrenz untereinander gilt es zu überwinden, wenn wir aus der gegenwärtigen Entwicklung in unseren Ländern einen Ausweg finden wollen. ■

■ CHRISTOS GIOVANOPOULOS – Dikaioma, Netzwerk von prekären und unbeschäftigten Arbeitern, Athen

14. November: Massenhaft Farbe bekennen und nicht zurückweichen

Im Gegensatz zu der konstruierten Einbildung steht die Revolution nicht kurz vor dem Ausbruch in Griechenland. Nach fast drei Jahren des Kampfes begreift man lediglich, wie schwierig es ist ein ganzes politisches und ökonomisches System zu beseitigen und aufzulösen – auch wenn es, wie in Griechenland, am Wackeln ist. Wir erleben eine sich rasant entwickelnde gesellschaftliche Auflösung im nationalen Maßstab, die nicht nur die arbeitenden Klassen und die Lohnabhängigen betrifft, sondern auch das Kleinbürgertum und die untere bürgerliche Klasse.

Mehr als 100.000 Firmen haben in den letzten zwei bis drei Jahren dichtgemacht. Die Steuerreform, die mit dem dritten Memorandum eingeführt werden wird, bedroht die Lebensfähigkeit von mehr als einer Million kleiner und mittlerer Freiberufler und Geschäftsleute und von 600.000 Bauern. Wenn man über Zahlen spricht, so ist es wichtig zu betonen, dass die Bevölkerung nach der Zählung von 2011 gerade über 10 Millionen betrug, fast eine Million weniger als 2001. und dass eine große Emigrationswelle von Griechenland in die EU, nach Nordamerika und Australien im Gange ist.

Was wir erleben, ist ein Prozess der rapiden und massiven Proletarisierung. Diese Tatsache – in Verbindung mit der Prekarisierung als dem vorherrschenden Arbeitsverhältnis in Griechenland – […] macht jede »traditionelle« Vorstellung von Arbeiterklassenpolitik oder sogar Klassenkampf überflüssig. Dieses Merkmal ist entscheidend und erfordert eine gründlichere Diskussion über die Form, die der Klassenkampf in einer Krisensituation in einem Land annimmt, dessen Wirtschaft auf Dienstleistungen aufgebaut ist, das vom Import der lebensnotwendigen Güter abhängig ist und dessen Sozialgefüge als Hauptkennzeichen das Kleineigentum und den selbstständigen Beruf aufweist. Man kann es vielleicht in einem Satz ausdrücken. Wir brauchen eine praktikable Politik für die Verteidigung der Gesellschaft als Ganzes, […] inklusive der Produktivkräfte – sowohl als lebendiges wie als vergegenständlichtes Kapital. Das ist jetzt zur Hauptangelegenheit des Kampfes für das Überleben des griechischen Volkes geworden. […]

Es gibt viele konkrete Beispiele dafür, wie die Memoranden versuchen ganz Griechenland in eine Sonderwirtschaftszone umzuwandeln – zugunsten der europäischen Metropolen, insbesondere des deutschen Kapitals. Diese Entwicklung beinhaltet einen flächendeckenden Generalangriff auf die Arbeiterklasse, wobei der imperialistische Angriff sich zugleich gegen das Recht eines Volkes richtet, als eine selbst bestimmte Gesellschaft zu existieren. […]

Die Radikalisierung der griechischen Gesellschaft nimmt viele Formen an

In diesem zwiespältigen und herausfordernden Zusammenhang stehen wir alle in Griechenland auf dem Prüfstand. Die Radikalisierung der griechischen Gesellschaft nimmt viele Formen an. […] Wir sehen als Ergebnis der Legitimationskrise des politischen Systems – seiner Unfähigkeit eine Übereinstimmung herzustellen sowie angesichts der beschleunigten sozialen Polarisierung – eine sich herausbildende politische Polarisierung zwischen der radikalen Linken und den Faschisten und eine (beinahe) vollständige Rückkehr zu dem Polizeistaat der Periode nach dem Bürgerkrieg in Griechenland. Um die Diskussion von »den zwei Extremen« aufzugreifen, der Staat und die bürgerliche Klasse bereiten sich auf das Szenario eines möglichen griechischen Staatsbankrotts und/oder eines Grexits vor. Eine Situation, in der die »Goldene Morgenröte« eine Alternative darstellen kann zu einem bevorstehenden Zusammenbruch der herrschenden politischen Kräfte, um damit zu verhindern, dass die radikale Linke an die Macht kommt.

Allerdings hatten wir am 28. Oktober zur Erinnerung an den Widerstand gegen die italienischen Faschisten und die deutschen Nazis den alljährlichen nationalen Gedenktag. Die »Goldene Morgenröte« drohte damit, daran teilzunehmen um zu versuchen, den antifaschistischen und nationalen Befreiungskampf des von Kommunisten geführten griechischen Widerstands in den 40er Jahren für sich zu reklamieren. Die griechische Bevölkerung wurde von SYRIZA aufgerufen, die Paraden in Protestmärsche umzufunktionieren. Deren Parolen (zu einem geringeren Teil von ANTARSYA und den Anarchisten) bestimmten die Paraden in Dutzenden von Stadtteilen. Die Faschisten tauchten überhaupt nicht auf. In Saloniki jedoch, dem Hauptort der jährlichen Oktober-Militärparade, wo die Leute letztes Jahr gegen die Parade demonstriert und sie verhindert hatten, was zum Sturz der Regierung Papandreou am selben Tag geführt hatte, wurde gegen die Öffentlichkeit rund um den Veranstaltungsort eine Sperrzone errichtet. Was noch schlimmer ist, zum allerersten Mal schützte eine neue Armeeeinheit den Ort – eine gefährliche Entwicklung und ein Probelauf gegen den »inneren Feind«.

Staat und Faschisten in Griechenland

In Griechenland folgt die Beziehung zwischen dem Staat und den Faschisten der gleichen Logik wie in anderen europäischen Ländern, aber mit einem gewissen historischen Unterschied. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Militärdiktatur gerade einmal vor vierzig Jahre endete. Ihr faschistisches Personal wurde niemals von der Nachdiktatur-»Demokratie« rausgesäubert. Lediglich in einem Fall kam ein Faschist ins Gefängnis – und zwar damals in den radikalen 70ern und wegen einem Bombenanschlag in einem Kaufhaus. Die Straffreiheit von Politikern, Polizisten und Faschisten in Griechenland, die Finanzierung der »Goldenen Morgenröte« und anderer rechtsextremer Gruppen durch die Sozialdemokraten und Konservativen (für ihre eigenen opportunistischen Interessen), die offene Förderung der Neonazis durch die Medien (die in den letzten Wochen eine verdecktere Form gewählt haben) sind keine Einzelfälle. Ganz entscheidend ist die Präsenz der Faschisten als ein Staat im Staate, vor allem in der Polizei und – etwas geringer – in der Armee. Sie beleuchten eine Situation, die eher mit lateinamerikanischen Beispielen vergleichbar ist. Der »schwache griechische Staat« brauchte immer die eiserne Faust des Nationalismus und Faschismus gegen den inneren Feind. Das gilt besonders jetzt, da jede Vorstellung von einer sozialen Übereinkunft zusammenbricht und ersetzt werden muss durch die Furcht vor Gesetz und Ordnung.

Also, jedes Mal, wenn man denkt, *»jetzt haben wir sie«*, stellen wir im nächsten Moment fest, wie weit entfernt wir von der Revolution sind. Es ähnelt mehr der Ebbe und Flut des Meeresspiegels. Ich glaube, der Arabische Frühling (bzw. dessen unvollständige Entwicklung) ist sehr wichtig für das, was in Griechenland passiert. Unsere Praxis muss, zumindest hier in Griechenland, davon lernen wie auch von den früheren Erfahrungen in Lateinamerika.

Einerseits fühlen die meisten Leute sich […] etwas betäubt angesichts der Förderung der Faschisten seitens der Medien und durch das entschlossene Auftreten der »Goldenen Morgenröte«, die ihre Stimmen zum Aufbau einer substantielleren und permanenteren sozialen Präsenz genutzt hat. Andererseits verlangen die Leute nach mehr Aktion, nach etwas Größerem, Radikalerem, Kräftigeren, um die Dinge zu verändern und die Troika, die Regierung, die Banken usw. zu stoppen. Viele sagen: *»Wir sollten zu den Waffen greifen« … »es muss Blut fließen, damit sich was ändert«* (solche Sprüche benutzen vor allem normale und nicht unbedingt politisierte Menschen), aber sie zögern selbstständig zu handeln. Gleichzeitig bestätigen sie ihre Bereitschaft mitzumachen und etwas im kleinen Maßstab zu tun, lokale Kämpfe zu unterstützen (Solidaritäts-Netzwerke, Teilnahme an Streiks usw.). Zum Beispiel übertraf die Teilnahme an den letzten zwei Generalstreiks und den jeweiligen Demos alle Erwartungen, über 100.000 in Athen und über 250.000 in Griechenland unter Beteiligung kleiner Geschäftsleute, die ihre Läden in vielen Städten geschlossen hatten. Allerdings geschah das ohne jede ernsthafte Mobilisierung durch die Gewerkschaften, die ihre Legitimation in den Augen der Öffentlichkeit verloren haben, was an ihrer defensiven Haltung liegt. Es ist eine Situation, in der die Gewerkschaften den Termin festsetzen und einen allgemeinen Aufruf verfassen, während sie wissen, dass das, was sie tun, nicht genug ist, dass es nichts bringen wird. Aber sie haben das Gefühl, sie müssten Farbe bekennen und dürften nicht zurück stecken.

Was in dieser Situation auffällt, ist, das Fehlen eines politischen Zwecks oder eines Themas in diesem Konflikt, das einen alternativen Zusammenhang herstellen könnte, das die vielen kleinen Kämpfe zu einem einzigen Ziel vereinen könnte, eines, das die Verantwortung, das Risiko und den Preis des Kampfes für dieses Ziel wert wäre. Das ist die Hauptsache, was SYRIZA fehlt. Die einzige Kraft, die so etwas anbietet, indem sie sich selbst als den Retter der Nation präsentiert, ist die »Goldene Morgenröte« – einfach gestrickt, gefährlich und in Übereinstimmung mit der herrschenden Ideologie. Diese Tatsache in Verbindung mit ihrer Anti-System-Rhetorik ist der Hauptgrund für ihre wachsende Stärke.

Erst jetzt kann eine neue Art von Aktivisten und Linksradikalen entstehen

Diese politische Situation markiert einen Wandel im Vergleich zur vorhergehenden Periode. Wir alle stehen auf einem kollektiven und persönlichen Prüfstand. Wie würde man/frau sich fühlen, wenn er/sie auf einmal zum Ziel von Schlägern der »Goldenen Morgenröte« im eigenen Viertel würde? Oder was bedeutet es auf der Ebene der nationalen Politik eine soziale Bewegung hochzubringen, um die Regierung oder das politische System zu stürzen, ohne das Gefühl zu haben, es tatsächlich auch zu können – ohne eine gangbare Alternative bzw. die sozialen Kräfte zu haben, die diese Alternative unterstützen, wobei gleichzeitig die Faschisten hinter der Ecke lauern als der Plan B des herrschenden Systems? Erst jetzt kann möglicherweise eine neue Art von Aktivisten und Linksradikalen entstehen, entschlossener unter schwierigeren Bedingungen, als es die luxuriösen der letzten 30 bis 40 Jahre waren.

Deshalb lautet die Frage in Griechenland, wie wir die Verschlechterung der gegenwärtigen Situation beenden und, darüber hinaus, wie wir die sozialen und politischen Bedingungen herstellen können sowie eine Bewegung, die bereit ist bis ans Ende zu gehen zu einem sozialen Wandel. Der Streik am 14. November ist eine positive Entwicklung, auch für die Veränderungen auf der Vorstellungsebene – wie wir über die Krise reden, welche Art von Bündnissen und Kämpfen wir benötigen, als ein Schritt in der Herausbildung einer andersartigeren Struktur, einer regionalen Geopolitik, als lediglich einer im Rahmen der EU. In Griechenland pflegten internationale Aufrufe in den letzten Jahren sehr attraktiv zu sein. Sie drückten nicht nur Internationalismus aus, sondern waren auch auf eine verrückte Art und Weise die Wirkung einer vorherrschenden, eurozentrierten Fortschrittlichkeit, die zum Ergebnis hatte, dass sich die Griechen anderswo nach Antworten umschauten und sich verbunden fühlen wollten mit der »letzten globalen Mode«. Das ist ein positives, wenn auch widersprüchliches Moment, an dem wir anknüpfen können. Jedoch gibt es Bedenken hinsichtlich der Wirksamkeit des Streiks. Prekarität ist der vorherrschende Zustand in Griechenland, und die Gewerkschaften rufen zwar zum Streik auf, aber die Menschen (bzw. die Mehrheit) setzen ihn lediglich im kleinen Maßstab um (z.B. an einem Arbeitsplatz gibt es einen besonderen Arbeitskonflikt) bzw. indem sie informell [unorganisiert] mobilisieren. Wenn ausschließlich die Arbeitslosen teilnehmen würden, wären mehrere hunderttausend Leute auf der Straße.

Das wirft die Frage auf, was Generalstreik eigentlich noch bedeutet. Wir müssen auch den inflationären Gebrauch bzw. Missbrauch des Begriffs und des Kampfmittels im Kopf haben, den die Systemgewerkschaften betrieben haben. In europäischen Ohren mag sich das nach was Großem anhören, aber Generalstreiks gelten in Griechenland als nichts Besonderes und deshalb haben sie eine Menge von ihrer Radikalität eingebüßt.

Abstimmung über das dritte Memorandum – die nächste wichtige Schlacht

Das Hauptproblem aber, was den Erfolg oder Misserfolg des Streiks am 14. November angeht, ist, dass das dritte Memorandum am 5. November ins Parlament eingebracht und dort am 7. November abgestimmt wird. Das ist die nächste wichtige Schlacht. Wenn die beiden Termine zusammengefallen wären, dann würde der nationenübergreifende Streik eine Menge zu dem örtlichen beigetragen haben. Die Abstimmung über das Memorandum ist ein weiterer Hinweis auf den Zustand der »parlamentarischen Diktatur«

durch das Troika-Regime in Griechenland. Es wird als eine Notstandsmaßnahme abgestimmt, was ironisch ist angesichts der Tatsache, dass es schon seit mehr als vier Monaten vorbereitet wird und in Wirklichkeit die Maßnahmen enthält, die Griechenland schon vor fast einem Jahr hätte einführen müssen, nach dem 26. Oktober, als das zweite Rettungspaket beschlossen wurde. Darüber hinaus werden das ganze Memorandum und alle Sparmaßnahmen in einen einzigen Artikel gepackt, das heißt in ein einziges Paket als ein verzweifelter Versuch der Koalitionsregierung (die so genannte innere Troika) zu vermeiden, dass ihre Abgeordneten einige wirklich empörende Reformen ablehnen, vor allem solche, die Rentenkürzungen und Deregulierung des Arbeitsmarkts betreffen. Syrizas Taktik gegenüber dem dritten Memorandum besteht darin: versuchen zu verhindern, dass es überhaupt ins Parlament kommt, dass über es nicht abgestimmt wird, und, falls es beschlossen wird, seine Durchführung zu verhindern. Es ist eigentlich keine schlechte Taktik, aber bis vor kurzem hatte Syriza keine Anstalten gemacht sich selbst und die Menschen für solch eine Auseinandersetzung zu organisieren. Das hat damit zu tun, dass Syriza bewusst ist, dass, sollte das dritte Memorandum irgendwie scheitern, es sofort Neuwahlen geben würde. In diesem Fall würde Syriza möglicherweise die stärkste Partei werden, sie müsste eine (Minderheits-)Regierung bilden, weil niemand ein Bündnis mit ihr eingehen würde. Viele fürchten, dass dies ein alternativer Plan der System tragenden politischen Kräfte ist, damit die Bombe des Staatsbankrotts und des Grexits [Austritt aus dem Euro Griechenlands] in den Händen von Syriza explodiert. Jedoch besteht das Dilemma nicht darin, ob sich Syriza in der Lage sieht, das Land aus dem Teufelskreis von Schulden und Memoranden herauszuführen, sondern ob sie den Kampf anführen will, das Leben und die Zukunft des griechischen Volkes zu verteidigen. Letzten Donnerstag sagte Lafazanis, ein Syriza-Abgeordneter, Führer des linken Flügels von Synaspismos (der größten Partei von Syriza), ein Euroskeptiker und Operaist, in einer Talkshow, dass Syriza nicht in der Lage sei, die Regierung zu übernehmen. Das war natürlich ein Geschenk für die Pro-Memorandum-Kräfte, die am Tag davor mit lediglich zwei Stimmen Mehrheit die totale Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge beschlossen hatten – als eine der notwendigen Vorbedingungen, die die Troika verlangt hat um das nächste Rettungspaket für Griechenland freizugeben. Sogar die rechten Zeitungen hatten Schlagzeilen wie *»Das System wackelt«* – *»Ungewissheit beim Memorandum«* usw. Natürlich führte seine Aussage zu einem Aufschrei bei der Linken, unter ihnen die Mehrheit der Syriza-Wähler und der Synaspismo-Mitglieder, während die Medien sie enorm zum Vorteil des Systems benutzten (es gibt eben keine Alternative usw.). Es war dieser Vorfall, der einerseits die Spitzenleute von Syriza etwas aufschreckte, vor allem Tsipras, und sie andererseits dazu brachte, zu einer vollständigen Mobilisierung bis zum nächsten Mittwoch aufzurufen, was die Teilnahme an dem zweitägigen Generalstreik am 6. und 7. November bedeutet (Gewerkschaftsdemo am 6. und Belagerung des Parlaments am Mittwochabend zur Abstimmungszeit).

Das Ergebnis dieser Kampftage wird das Schicksal des 14. November bestimmen. Der Eindruck ist der, dass mit einer weiteren Niederlage und einer vollständigen Zerstörung dessen, was vom Wohlfahrtsstaat noch übrig ist, es sehr schwierig werden wird, falls das dritte Memorandum beschlossen wird, eine neue Welle der Wut auszulösen und Depression wird das wahrscheinlichere Resultat sein. Bis jetzt gibt es noch keinen Hinweis, dass für diesen Streik mobilisiert wird außer in kleinen linken Zirkeln und über facebook und soziale Medien. Es mag paradox erscheinen, aber jene, die die Bedeutung des 14. November betonen, ohne irgendeine praktische Anstrengung zu unternehmen ihn zu organisieren, darunter einige Spitzenleute von Syriza (vor allem von Synaspismos), sind dieselben, die die Aussicht unterminieren, dass das griechische Volk die Abstimmung über das dritte Memorandum verhindert, und die es nicht wagen, die Regierung zu Fall zu bringen. Das hat mit ihrer Überzeugung zu tun, dass es keine andere Lösung gibt als eine auf europäischer Ebene, weshalb sie jede andere Möglichkeit ausschließen, die einen Riss im EU-Gebäude und einen Konflikt Griechenlands mit den EU-Strukturen mit sich bringen würde.

Allgemein gesprochen sollte man eine besonders starke Mobilisierung durch die Gewerkschaften nicht erwarten. Vielleicht werden diejenigen politischen Gruppen, aus denen Syriza und die außerparlamentarische Linke bestehen und die einen Bezug zu Basisgewerkschaften haben, mehr mobilisieren, aber bis jetzt bestand die einzig sichtbare Bewegung aus persönlichen Aufrufen bei facebook. In Griechenland sagen wir allerdings, dass in der jetzigen Periode die politische Zeit verdichtet ist, was jede Vorhersage riskant macht. Das Fehlen einer Bewegung mit einer Strategie (und einer organisierenden Kraft diese umzusetzen) ist auch nicht hilfreich.

Eigene leicht gekürzte Übersetzung, Original unter: http://www.connessioniprecarie.org/2012/11/05/november-14-to-be-counted-en-mass-and-not-back-down/

Nachträgliche Gedanken zu einem Streik, den es nicht gab

Der 14. November (14N), der europäische Tag der koordinierten Gewerkschaftsproteste gegen die Sparmaßnahmen, sorgte für Schlagzeilen in den griechischen Medien und mobilisierte die Polizei ungemein an diesem Tag. Ihre Aktion, die U-Bahn-Station Syntagma-Platz zu sperren wegen eines, wie sich herausstellte, ziemlich kleinen Ereignisses, zeigt lediglich die Furcht und Unsicherheit, die das griechische politische System beherrscht, sobald sich auch nur das kleinste Anzeichen für eine Massenmobilisierung abzeichnet.

Leider war der 14N kein solches Ereignis. Dieser Tag war eingeklemmt zwischen dem zweitägigen Generalstreik (6. bis 7. November) gegen das dritte Memorandum […] und die jährlichen Feierlichkeiten anlässlich des Aufstands gegen die Militärdiktatur am 17. November 1973. Dieser Gedenktag, ein jährliches Barometer für den Einfluss der griechischen Linken, bekam dieses Jahr ein zusätzliches Gewicht wegen seines antifaschistischen Inhalts als eines Massenprotests gegen die Goldene Morgenröte.

Folglich versammelten sich und demonstrierten kaum mehr als 2000 Leute am 14N im Zentrum von Athen. Der Tag wurde unterlaufen von denselben Leuten, die dazu aufgerufen hatten: die Führungen des GSEE (der Gewerkschaftsdachverband für den privaten Sektor) und des ADEDY (der Gewerkschaftsdachverband für den Öffentlichen Dienst). Sie riefen nicht zum Streik auf, sondern zu einem demonstrativen Verlassen des Arbeitsplatzes zwischen 12 und 15 Uhr. Normalerweise machen Arbeiter dabei nicht mit. Sie wissen sehr genau, dass dies nur ein Trick der Gewerkschaftsführungen war den Schein zu wahren, weil es ihre Entscheidung war den Aufruf zu einem so genannten gesamteuropäischen Streik zu unterschreiben. Das muss man wissen, damit man nicht in (griechischen) Mythen lebt. In Griechenland wurde der Streikgedanke von dem übermäßigen Gebrauch des »Generalstreiks« ausgehöhlt – im Interesse der politischen Winkelzüge der Gewerkschaftsführer – eines Generalstreiks, der oft gar keiner war trotz der gelegentlichen Massenbeteiligung (hauptsächlich von Angestellten des Öffentlichen Dienstes). Also wäre es nicht klug und sicherlich auch nicht hilfreich, sich etwas vorzustellen, wie man es sich wünscht, und nicht, wie es wirklich ist.

Ich muss hinzufügen, dass auch niemand anderes, auch nicht von außerhalb der offiziellen Gewerkschaften, tatsächlich für den 14N mobilisierte, mal abgesehen von ein paar Facebook-Aufrufen und öffentlichen Ankündigungen (es gab noch nicht mal Aufkleber oder Flugblätter) von radikalen und weit links stehenden Gruppen und Basisgewerkschaften. Die letzteren sind weit davon entfernt zu einem Streik aufrufen oder einen organisieren zu können. Das können nach wie vor nur GSEE und ADEDY, auch PAME nicht, der Gewerkschaftsverband der KKE, die es ein paar Mal vergeblich versucht hat. Das wirft auch ein Schlaglicht auf die realen Verhältnisse bezüglich der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung in Griechenland.

Es gibt auch »objektive« Gründe, warum die griechische Bevölkerung nicht mitgemacht hat. In Griechenland ist Streiken immer schwieriger geworden, obwohl es so häufig stattfindet (über 20 Generalstreiks in den letzten zweieinhalb Jahren), wegen des Risikos (Entlassung) und des Kostenfaktors (Lohneinbußen). Deshalb überlegen die Leute es sich zweimal und suchen es sich sorgfältig aus, wann sie streiken und ob es einen tatsächlichen Anlass zum Streik gibt […]. Das heißt, nach dem zweitägigen Generalstreik gegen das dritte Memorandum, der auf Massenbeteiligung traf, einem anderen Präventivstreik aus dem gleichen Anlass zwei Wochen vorher und einem dritten beim Merkel-Besuch hatten viele Beschäftigte (vor allem im Öffentlichen Dienst) fast zwei Wochenlöhne eingebüßt, weil die jüngste Anti-Streik-Gesetzgebung heftige Lohnabzüge im Streikfall vorsieht. Solch eine praktisch-nüchterne Herangehensweise mag politisch unkorrekt erscheinen, aber man muss die beträchtliche materielle Auswirkung der Krise auf das Leben der Menschen in Betracht ziehen. […]

Indem ich dies sage, möchte ich nicht die Bedeutung des 14N mindern. Sie liegt in der anderen Herangehensweise an die Krise, indem die Stimme der Arbeiterklasse durch die koordinierte Aktion gegen die europaweiten Sparmaßnahmen (mit und ohne Troika) verstärkt wird und indem eine andere übernationale Vision und andere Inhalte eines Europas der Völker entworfen werden. Dies alles ist sicherlich eine Antwort auf das Bedürfnis nach […] der Herstellung einer Front der europäischen Völker und der Arbeiterklasse gegen die vereinte Front der wirtschaftlichen und politischen Eliten in Europa in ihrem Angriff gegen die Bevölkerung und die Arbeiterklasse. In diesem Sinne war der 14N wichtig als ein »Propaganda-Instrument«, als ein Bemühen darum, eine Alternative deutlich zu machen und ins Bewusstsein zu bringen, die über die aktuelle Kräftegruppierung in Europa hinausweist, sowohl im nationalen wie internationalen Maßstab. […] Der 14N ist auch nützlich, um darüber nachzudenken, welche Art von Forderungen die Verbindung von örtlichen mit den internationalen Kämpfen erleichtern könnte, wodurch eine breitere Perspektive geschaffen werden könnte. Und hier wird die greifbare, handfeste (und nicht nur ideologische, programmatische oder eingebildete) Verbindung entscheidend zwischen solch internationalen Streiks mit örtlichen oder nationalen Kämpfen. Es gibt historische Aspekte, die man nicht ignorieren darf, insbesondere was Griechenland betrifft. Griechenland teilt nicht die gleiche Erfahrung mit dem Rest der »europäischen Familie«. Seine Verbindungen zu Europa waren immer ein Prozess, der von oben kam und Unterdrückung bedeutete. Das griechische Volk hat Europa nur als Traum oder als Kolonialmacht erlebt, was auf die minderwertige Position im Machtgefüge zwischen Europa und Griechenland hinweist. Die direkte Erfahrung der Griechen als Europäer ist die von Flüchtlingen (Gastarbeitern) oder von Dienern der europäischen Vision. Diese Tatsache und die Lage am Rand von Europa haben einige sehr greifbare Ergebnisse in den politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen der Griechen und ihrer Bewegungen. Man vergleiche z.B. den entspannten Grenzverkehr zwischen den europäischen Völkern und die Freizügigkeit der Europäer lange vor dem Schengen-Abkommen […] oder die gemeinsamen Bezugspunkte und Gefühle, die spanische und portugiesische Arbeiter teilen, die ihnen dabei helfen sich einen gemeinsamen Kampf vorzustellen, mit den Griechen, denen solche Entwürfe fehlen. […] Wir sollten vielleicht noch einmal hinterfragen, was eine internationale oder transnationale Bewegung zum Inhalt hat oder was ein Zusammengehörigkeitsgefühl ausmacht und welche Voraussetzungen es braucht, damit es entsteht.

[…] Ich behaupte, vereinfacht ausgedrückt, die 14N-Proteste zeigen eine unterschiedliche Stufe der Kämpfe gegen die Sparpolitik im Vergleich zu Griechenland an, und deshalb sind sie für die griechische Bevölkerung gewissermaßen überflüssig. So wichtig der 14N gewesen sein mag für die Unterstützung und den Aufbau, national wie international, vor allem des portugiesischen und spanischen Widerstands gegen die Sparmaßnahmen, so leben

wir in Griechenland bereits auf einer anderen Stufe der Kämpfe. Der Moment des »Aufschreis« – zu dem das sehr bewegende und motivierende spanische CGT-Promo-Video für den 14N aufrief – hatte sich in Griechenland schon bei dem Aufstand am 6. Dezember 2008 abgespielt, als die Krise begann. Für Griechenland ist ein Aufschrei nicht mehr genug. Immer mehr Leute verlangen nach Alternativen und wirksamen politischen Lösungen, die über die reinen Arbeiterklasseninteressen hinausgehen (Klassenkampf hat sich wieder einmal gezeigt als etwas, was über den Gegensatz von Arbeiterklasse und Kapitalisten hinausgeht) wie auch über das herrschende politische System und die vorhandenen gesellschaftlichen und produktiven Strukturen. Und hier stellt sich die Frage der politischen Macht, das umstrittenste Feld – der gordische Knoten, den es aufzulösen oder zu zerschlagen gilt.

In dieser Hinsicht, so merkwürdig es klingen mag, ist es nicht möglich, die europäische Dimension oder eine europäische Lösung dem Kampf in Griechenland überzuordnen, weil eine solche Überordnung nicht in der Lage ist, dem örtlichen Kampf zu antworten und ihn zu verstärken […]. Das bedeutet nicht die Rückkehr zu einem nationalistischen Kurs. Ganz im Gegenteil. Eine solche Auffassung geht davon aus, dass die Existenz eines machbaren alternativen Beispiels wichtig ist, das außerhalb der Schutzherrschaft und der Diktate der Troika und seiner entsprechenden Sparpolitik und Schocktherapie liegt […], selbst wenn es in einem nationalen Rahmen bleibt. Dieses Beispiel wird […] die Fundamente des EU-Gebäudes und die gegen die Bevölkerung und die Arbeiterklasse gerichtete Politik erschüttern und letztlich ändern. […]

Deshalb ist die Beziehung von transnationalen Tagen und Kämpfen zu den Interessen der örtlichen Träger der Bewegung – man mag das bedauern oder auch nicht – die entscheidende Voraussetzung für deren Erfolg. Diese Interessen ändern sich, was nicht bedeutet, dass man einer örtlichen Angelegenheit oder einem örtlichen Kampf den Vorrang geben sollte zulasten größerer und weniger greifbarerer politischen Anliegen wie dem 14N. […] Die Übernahme von globalen Protesttagen in unser politisches Vokabular war eine wertvolle Errungenschaft vergangener Jahre und hat enorm dazu beigetragen Bewegungen und Kämpfe auf örtlicher Ebene voranzubringen. Aber jetzt sind wir vielleicht in eine andere Phase eingetreten, in der die Bedeutung der örtlichen Konflikte möglicherweise in den Vordergrund tritt (selbst wenn das nur taktisch ist), wiederum nur um die internationalen Kämpfe zu anzuregen. Folglich scheint der 14N der Versuch gewesen zu sein, die Kämpfe der portugiesischen und spanischen Bevölkerung zu internationalisieren, vor allem um Solidarität um ihre örtlichen Kämpfe herum aufzubauen. […]

Die große Mehrheit der Teilnehmer [am 14. November in Griechenland] gehörte zu Verwaltungsangestellten von örtlichen Behörden und höheren Bildungseinrichtungen, die, wie es das dritte Memorandum verlangt, gekündigt werden sollen. Nur wenige Tage nachdem das Memorandum Gesetz wurde, wurden mehr als 300 örtliche Behörden- und öffentliche Dienstleistungsgebäude von ihren Beschäftigten besetzt, zusammen mit den Büros von einigen höheren Universitätsinstituten, von denen der Großteil immer noch besetzt ist. Das hat zu einem Stillstand von vielen örtlichen Verwaltungsdienstleistungen geführt. Bemerkenswert daran ist, dass in der Mehrzahl der Fälle die gewählten Bürgermeister oder die Leiter der verschiedenen Abteilungen diese Kämpfe unterstützen. Das geschieht aus zweierlei Gründen. Zum einen wissen sie genau, dass ihre Ämter nach den massiven Entlassungen nicht mehr funktionieren können. Das ist der Hauptgrund, warum sie sich weigern, die Einzelheiten und die Namenslisten herauszugeben, die die griechische Regierung verlangt, damit sie mit den Kündigungen fortfahren kann. Zum anderen fühlen sie den Druck der örtlichen Gemeinden. Sie haben sehr wohl begriffen, ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit, welche zerstörerischen Folgen die Sparmaßnahmen zeitigen werden. Letzteres ist ein guter Beweis dafür, welches breite Ausmaß der Kampf gegen die Sparpolitik angenommen hat. Um zum 14N zurück zu kommen: Es ist offensichtlich, dass diejenigen, die mobilisiert wurden, aus Bereichen kamen, die sowieso schon am Streiken waren und dass sie den Tag (als internationale Unterstützung) in ihren eigenen Kampf einbezogen.

Wir müssen daran arbeiten, solche Wege einer transnationalen Koordination auszuprobieren, mit denen es möglich ist, sich auf verschiedenen Ebenen zu bewegen, ohne dass eine monologartige Tagesordnung übergestülpt wird […]. Wir brauchen einen Ansatz, der Netzwerke der Solidarität und Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Bewegungen aufbaut oder Unterstützungstage zu bestimmten Zeitpunkten des Kampfes vereinbart, damit jede transnationale Mobilisierung einen bestimmten Schwerpunkt des Kampfes hat und nicht nur dazu dient, eine sicherlich wichtige, doch letztlich imaginäre Botschaft an den Feind zu schicken. Ein europaweiter Protest- oder Streiktag zur Unterstützung des Widerstands gegen Sparmaßnahmen, die in einem bestimmten europäischen Land eingeführt werden sollen, kann eine gute Idee sein, und zwar zu einem Termin, den die örtliche Bewegung bestimmt. Das kann eher dazu beitragen, dass die mächtigen politischen und ökonomischen Eliten die Kraft solcher koordinierten Angriffe zu spüren bekommen. Wir sollten nicht davon ausgehen, dass unsere Vorstellungen einer Internationalisierung unseres gemeinsamen Kampfes sich leichthin verwirklichen. Es wird Zeiten der koordinierten Zusammenarbeit geben und solche des Auseinanderfallens. […]

Als ein Nachsatz: Ich möchte noch eine Bemerkung zur Teilnahme von Migranten an den 14N-Protesten hinzufügen. Jeder Bezug zu Migranten hat bisher in meinem Text gefehlt und zwar hauptsächlich deshalb, weil sie eigentlich »abwesend« waren während der Kämpfe der griechischen Bevölkerung gegen die Sparpolitik und die Troika. Es tut mir leid, das sagen zu müssen, aber eine Integration der antirassistischen Kämpfe oder derjenigen für die Rechte der Migranten ist bisher nicht erreicht worden. Dafür gibt es viele Gründe, die über den vorliegenden Beitrag hinausgehen, und braucht vielleicht einen neuen Text, der über die Beziehung zwischen diesen beiden Kampffronten informiert sowie über die Herausforderungen, die das Aufbauen und der Charakter antirassistischer Kämpfe in Zeiten einer allgemeinen großen sozialen Krise mit sich bringen – eine Krise, die auch eine große Menge an Migranten des (so genannten) »Gastgeberlandes« produziert. Bis jetzt ist die einzige Form, in der die Migranten ins Bild der Kämpfe hineinkommen, leider und paradoxerweise nur durch die »Repräsentation«, wie ich sie mal nennen will, des antifaschistischen Kampfes der griechischen Bewegung.

Christos Giovanopoulos , 3. Dezember 2012 ■

Eigene leicht gekürzte Übersetzung, Original unter: http://www.connessioniprecarie.org/2012/12/03/delayed-reflections-from-greece-for-a-strike-that-wasnt/

■ KARL HEINZ ROTH

Griechenland und die Euro-Krise: Analyse und Gegenperspektiven

Dieser Text ist eine vom Verfasser selbst vorgenommene Zusammenfassung seines Buches »Griechenland: Was tun?«, erschienen im Verlag VSA, www.vsa-verlag.de.

Er erscheint zeitgleich in der Zweiwochenzeitschrift OSSIETZKI, Haus der Demokratie, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin, Mail: espoo@t-online.de

Seit fünf Jahren hat eine schwere Wirtschaftskrise Griechenland im Griff. Diese Krise ist durch die Sparprogramme der letzten zweieinhalb Jahre vertieft und zur Depression verlängert worden. Eine beispiellose Massenverarmung hat eingesetzt. Auch das politische System ist erschüttert. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen vom 6. Mai gab es zunächst keine regierungsfähige Mehrheit. Erst in einem zweiten Durchgang konnten sich die Konservativen knapp durchsetzen und zusammen mit den beiden sozialdemokratischen Parteien (PASOK und Demokratische Linke) eine Koalitionsregierung bilden. Diese »innere Troika« verabschiedete nach monatelangen Auseinandersetzungen ein weiteres Sparprogramm, von dem die Gläubiger der »äußeren Troika« aus Europäischer Zentralbank (EZB), EU-Kommission und Internationalem Währungsfonds (IWF) die Überweisung weiterer Darlehensgelder abhängig machten. In dieser zugespitzten Situation haben sich auch die Unterklassen wieder zu Wort gemeldet. Durch Generalstreiks und Massendemonstrationen haben sie seit Ende September immer wieder ihre Wut und Verzweiflung über die katastrophalen Folgen der Sparprogramme zum Ausdruck gebracht.

Die weitere Entwicklung ist völlig offen. Von ihren Auswirkungen und ihrem Ausgang sind auch wir betroffen. Griechenland ist eine kleine Volkswirtschaft der europäischen Peripherie. Es gehört aber nicht nur der Europäischen Union, sondern auch der Euro-Zone, ihrem Kernbereich, an. Die griechische Krise ist nur die Spitze eines Eisbergs. In ihr bündeln sich die sozialen, wirtschaftlichen und strukturellen Mängel des europäischen Machtblocks, die unter dem Druck der globalen Rezession von 2008/2009 zur Euro-Krise geführt haben. Insofern sind wir gut beraten, wenn wir versuchen, am Beispiel Griechenland die Hintergründe und Abläufe dieser Krise zu verstehen und Gegenperspektiven zu entwickeln, die mit den materiellen Überlebensinteressen der breiten Masse der Unterklassen – Erwerbslose, Prekäre, abhängig Beschäftigte und untere Mittelschichten – übereinstimmen.

Bemerkungen zur Vorgeschichte

Die Vorgeschichte der Krise reicht bis in die frühen 1980er Jahre zurück. 1981 wurde Griechenland in die damalige Europäische Gemeinschaft aufgenommen. In diesem Jahr gelangte erstmals die griechische Sozialdemokratie (PASOK) an die politischen Machthebel. Es begann ein für Griechenland bislang einmaliger gesellschaftlicher und wohlfahrtsstaatlicher Aufbruch: Gesundheitszentren wurden eingerichtet, Basislöhne durchgesetzt, die Fundamente eines sozialen Sicherungssystems wurden geschaffen und die Frauenrechte gestärkt. Gleichwohl kam nur ein »unvollständiger Sozialstaat« zustande, weil der Aufbruch zu dieser Zeit innerhalb Europas völlig isoliert war. Es gelang nicht, das traditionelle Klientelsystem der griechischen Gesellschaft zu überwinden, und auch die Einführung einer breiten Minimalsicherung vor dem Absturz in die absolute Armut unterblieb. Die prekären Arbeitsverhältnisse der Schattenwirtschaft blieben bestehen und weiteten sich allmählich wieder aus. Dessen ungeachtet stabilisierten sich aber die gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse. Die griechische Regierung war zwar der Europäischen Gemeinschaft, nicht aber dem seit 1979 bestehenden Europäischen Währungssystem beigetreten und behielt deshalb die Verfügungsgewalt über den Wechselkurs ihrer Landeswährung, die Drachme. Sie konnte deshalb die hohen Wettbewerbsnachteile gegenüber den Ländern der europäischen Kernzone währungspolitisch ausgleichen. Zwischen 1979 und 1992 wurde die Drachme um insgesamt 86% abgewer-

tet. Dadurch wurden die Exporte entsprechend verbilligt und die Einfuhren verteuert.

Dieser Zustand endete im Jahr 1993, als sich Griechenland unter der konservativen Mitsotakis-Regierung dem Maastricht-Vertrag der Europäischen Gemeinschaft anschloss. Nun mussten im Vorgriff auf die geplante Einführung der Einheitswährung die Zinssätze, Wechselkurse, die Zahlungsbilanzen und die Obergrenze der Staatsverschuldung einem einheitlichen europäischen Standard angepasst werden. Infolgedessen war es nur noch sehr begrenzt möglich, die weiter bestehenden Wettbewerbsnachteile währungspolitisch auszugleichen. Die Exporte gingen allmählich zurück und die Zahlungsbilanz drehte ins Minus. Die Defizite wurden in erster Linie durch eine steigende staatliche Schuldenaufnahme ausgleichen, denn die griechische Arbeiterbewegung war auch in den 1990er Jahren noch stark genug, um die «innere Abwertung« durch massive Lohnsenkungen und Streichungen im Sozialhaushalt zu verhindern. Allerdings blieb die Reichweite des gewerkschaftlichen Widerstands begrenzt. Er reichte nicht aus, um die Ausweitung ungeschützter Arbeitsverhältnisse im Privatsektor zu verhindern, mit denen vor allem die Jugendlichen und die wachsende Schicht der südosteuropäischen WanderarbeiterInnen konfrontiert waren. Hinzu kam das Wiederaufleben des Klientelismus, der traditionellen Variante der Arbeitsbeschaffung, im öffentlichen Sektor.

Trotz dieser strukturellen Schieflage wurde Griechenland 2001 in die Euro-Zone aufgenommen. Dabei wussten alle beteiligten Entscheidungsträger, dass die ökonomischen Daten mehr als geschönt waren, um den Maastricht-Kriterien formal zu genügen. Dafür, dass beide Augen zugedrückt wurden, waren geostrategische und tagespolitische Gründe maßgeblich. Griechenland bildet geographisch das südliche Glacis des Balkans, dessen Kleinstaaten sich nach der im Jahr 1999 abgeschlossenen Zerstörung der Jugoslawischen Föderation auf ihre Integration in die neue europäische Hegemonialmacht vorbereiteten; in diesem Kontext spielte Griechenland eine entscheidende Rolle als ökonomisches, politisches und militärisches Hinterland. Hinzu kam ein politischer Deal mit der deutschen Bundesregierung. Der Oberste Gerichtshof hatte einer Entschädigungsklage der Nachkommen von Opfern der deutschen Okkupationsherrschaft stattgegeben und die Konfiskation deutscher Vermögenswerte in Griechenland verfügt. Nur die griechische Regierung konnte diese Prozedur noch verhindern, indem sie das Urteil suspendierte. Sie tat dies, und die Schröder-Regierung erklärte sich im Gegenzug bereit, den griechischen Aufnahmeantrag in die Euro-Zone zu unterstützen.

Die Einbeziehung in die Euro-Zone brachte den eng miteinander verflochtenen politischen und wirtschaftlichen Herrschaftseliten Griechenlands erhebliche Vorteile. Sie verfügten nun über eine harte Währung und konnten in Europa und auf den internationalen Kapitalmärkten Kredite zu extrem günstigen Bedingungen aufnehmen. Es kam infolgedessen zu massiven Kapitalimporten und zu einer intensiven Verflechtung der griechischen Finanzoligarechie mit den dominierenden Kapitalgruppen der Europäischen Union. Als Anlagesphären dienten vor allem der griechische Infrastruktursektor und der militärisch-industrielle Komplex. Die griechische Armee wurde modernisiert und aufgerüstet, wovon vor allem die französischen und deutschen Rüstungskonzerne profitierten. Hinzu kam ein gewaltiger Bauboom in der Verkehrsinfrastruktur, der zusammen mit den Bauprojekten zur Olympiade 2004 spektakuläre Ausmaße erreichte. Demgegenüber blieben die Impulse zur Modernisierung der überwiegend klein- und mittelbetrieblichen Binnenwirtschaft weit zurück. Trotzdem wurden in den Boom-Jahren 2001 bis 2007 Wachstumsraten erreicht, die sich zwischen 3,7% und 5,2% jährlich bewegten.

Die Gewinner dieses wenig tragfähigen Aufschwungs sind leicht auszumachen. An erster Stelle rangierten die Familienclans der griechischen Finanzoligarchie aus Reedern, Bauindustrie und Bankkapital. Sie hatten traditionell kein Interesse an einer nachhaltigen Stabilisierung der griechischen Nationalökonomie, sondern reinvestierten ihre spekulativen Gewinne überwiegend im europäischen Ausland. Zur zweiten Gruppe der Profiteure gehörten die Großkonzerne der Bau-, Investitionsgüter- und Rüstungsindustrie sowie des Finanzsektors der europäischen Kernzone, die ihre Projekte zusammen mit der griechischen Finanzoligarchie realisierten. Den Dritten im Bunde stellte die griechische politische Klasse in Gestalt der beiden Volksparteien PASOK und Nea Dimokratia (ND). Sie lösten sich im Kontext einer extrem klientelistisch verfassten repräsentativen Demokratie in der Ausübung der politischen Macht ab, waren eng mit der Finanzoligarchie verfilzt und bereicherten sich massiv, indem sie sich ihre Handreichungen bei den Operationen im Infrastruktur- und Rüstungssektor entsprechend vergüten ließen. Allein der Siemens-Konzern hat in der Boomphase jährlich 15 Millionen Euro Schmiergelder zugunsten der griechischen politischen Klasse ausgeschüttet.

Der Boom hatte aber auch seine Schattenseiten. Da mit der Einführung des Euro der währungspolitische Ausgleich der Wettbewerbsnachteile vollends hinfällig geworden war, war der weitere Rückgang der Exporte unvermeidlich. Die Salden der Zahlungsbilanz drehten dauerhaft ins Minus. Es kam zu einer schleichenden Entindustrialisierung, von der nur die global wettbewerbsfähigen Sektoren – die maritime Logistik, die Erdölraffinerien und die Pharmaindustrie – ausgenommen blieben. Die prekären Arbeitsverhältnisse nahmen weiter zu. Neben den MigrantInnen waren vor allem die Jugendlichen betroffen. Soziologen beschrieben das Aufkommen einer »700 Euro-Generation«, die zunehmend der Entwicklung in den übrigen EU-Ländern ähnelte. Die bedrohlichste Kehrseite des Booms stellte jedoch die zunehmende Staatsverschuldung dar: Zum einen mussten die Infrastrukturinvestitionen und Kriegswaffenbeschaffungen durch die gesteigerte Ausgabe von Staatsanleihen refinanziert werden; hinzu kam aber auch der sich immer stärker ausbreitende politische Klientelismus, der nach dem Wahlsieg der Konservativen im Jahr 2004 einen Gipfelpunkt erreichte.

Die Krise 2008/2009

Im Verlauf des Jahrs 2008 wurde auch die griechische Volkswirtschaft hart von der Weltwirtschaftskrise getroffen. Die maritime Logistik schrumpfte um ein Viertel. Die Umsätze des Tourismussektors gingen um ein Fünftel zurück, und auch in Griechenland konnten die Banken nur durch umfangreiche öffentliche Stützungsaktionen vor dem Kollaps bewahrt werden. Auch die Exporte erlebten einen massiven Einbruch, und die Zahlungsbilanzdefizite stiegen weiter an. Die Erwerbslosenquote erreichte 10%, bei den Jugendlichen waren es sogar 30%. Der dadurch bedingte Einbruch des Massenkonsums brachte jetzt auch die Binnenwirtschaft zum Schrumpfen. Die Entindustrialisierung der Gesamtwirtschaft beschleunigte sich.

Nun wurde es eng für die Akteure der griechischen Wirtschaftspolitik. Als sie gegenzusteuern begannen, machten sich die im voraufgegangenen Infrastrukturboom entstandenen strukturellen Mängel deutlich bemerkbar. Dabei rückte die chronische Überschuldung des Staatshaushalts immer mehr in den Vordergrund. Die fiskalpo-

litische Schieflage wurde jetzt durch den Rückgang der Steuereinnahmen und die steigenden Sozialausgaben verstärkt. Diese Entwicklung wurde lange verschleiert. Als aber die PASOK die Konservativen im Oktober 2009 an den politischen Schalthebeln ablöste, mussten die Fakten auf den Tisch gelegt werden. Die jährliche öffentliche Neuverschuldung erreichte bis Ende 2009 einen Umfang von 13% der Wirtschaftsleistung, und der Gesamtumfang der Staatsschuld belief sich auf 140%. Daraufhin schnellten die Zinssätze und Risikoprämien der auf den internationalen Obligationsmärkten gehandelten griechischen Staatsanleihen sprunghaft in die Höhe. Die griechische Regierung war seitdem von den privaten Kapitalmärkten faktisch abgeschnitten.

Infolgedessen stand die neue PASOK-Regierung unter Ministerpräsident Jorgos Papandreou vor der Alternative, einen Zahlungsstopp zu verkünden und mit den Gläubigern Umschuldungsverhandlungen aufzunehmen oder sich unter Vermittlung der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie der EU-Kommission um die Beschaffung öffentlicher Darlehen zu bemühen. Wie wir wissen, wählte sie die zweite Variante. Nach hektischen Verhandlungen holten die Entscheidungsträger der EZB und der EU-Kommission den Internationalen Währungsfonds (IWF) mit ins Boot. Im Frühjahr 2010 wurde die »Troika« gegründet. Sie besteht bis heute aus drei Expertengruppen, die eng zusammenarbeiten, der griechischen Regierung Vorgaben bei der Sanierung des Staatshaushalts machen und davon ausgehend weit reichende sozial- und wirtschaftspolitische Umstrukturierungsprogramme erzwingen.

Sparprogramme und Troika-Darlehen

Im Mai 2010 wurde im Anschluss an ein Regierungsprogramm vom März ein erstes Sanierungs- und Darlehenspaket verabschiedet. Innerhalb von drei Jahren sollte der Staatshaushalt durch Lohnkürzungen im öffentlichen Sektor und durch Steuererhöhungen – Anhebung der Mehrwertsteuer auf 23% sowie der Heizöl- und Benzinsteuern – um 30 Milliarden Euro entlastet werden, um die öffentliche Verschuldung innerhalb von zwei Jahren auf eine jährliche Neuverschuldung von 3% zu begrenzen. Im Gegenzug sagte die Troika ein Darlehenspaket im Umfang von 110 Milliarden Euro zu, an dem sich der IWF mit 30 Milliarden und die europäischen Gläubiger mit 80 Milliarden Euro beteiligten. Das »Memorandum« ging von der Annahme aus, dass sich die Weltwirtschaft rasch erholen und eine kurzfristige Konsolidierung begünstigen würde.

Diese Annahme war jedoch illusorisch. Parallel zu Griechenland gerieten auch andere europäische Peripherieländer in eine schwere Depression. Da die europäischen Gremien trotzdem auf einen harten Restriktionskurs umschalteten, wurde die ökonomische Krise in der gesamten Europäischen Union verstärkt. In diesem Kontext zwang die Troika der griechischen Regierung im Juli 2011 ein zweites Sparpaket auf, das jetzt auf einen Planungsrahmen bis Ende 2014 ausgelegt wurde. Es sah zusätzlich zu weiteren Lohnsenkungen auch Massenentlassungen im öffentlichen Sektor vor und verfügte drastische Rentenkürzungen und Abstriche im Gesundheitsbudget. Dadurch sollten nochmals 28 Milliarden Euro eingespart werden. Zusätzlich wurde ein groß angelegtes Programm zur Privatisierung des öffentlichen Eigentums gestartet, das bis Ende 2014 einen Gesamterlös von 50 Milliarden Euro erbringen sollte. Im Gegenzug stellte die Troika ein weiteres Darlehenspaket im Umfang von 109 Milliarden Euro in Aussicht und sondierte erste minimale Umschuldungsmaßnahmen, die jedoch bald darauf wieder fallen gelassen wurden. Darüber hinaus entsandte die EU-Kommission eine »Einsatzgruppe« (Task Force) nach Athen. Ihr fiel die Aufgabe zu, die laufende Restriktionspolitik mit strukturellen Eingriffen zur Rationalisierung des Verwaltungsapparats zu kombinieren.

Schon ein Vierteljahr später, im Oktober 2011, revidierte die Troika auch dieses zweite Austeritätsprogramm, da es inzwischen genauso unrealistisch geworden war wie das erste. Die zweite Darlehenszusage wurde auf 130 Milliarden Euro erhöht und ein Schuldenschnitt im Umfang von 50% der von privaten Gläubigern gehaltenen Staatsanleihen in Aussicht genommen. Im Gegenzug wurden die beiden Volksparteien PASOK und ND zur Bildung einer Koalitionsregierung unter dem Finanztechnokraten Loukas Papadimos gedrängt. Die neue Übergangsregierung sollte das im Juli verabschiedete Sparpaket beschleunigt umsetzen.

Aber auch diesen Anlauf machte die weiter vertiefte Rezession innerhalb weniger Monate zunichte. Deshalb lancierte die Troika im Februar 2012 ein drittes Programm, das einen Generalangriff auf die Löhne und Sozialeinkommen der gesamten Unterklassen und unteren Mittelschichten darstellte. Die Mindestlöhne wurden für Erwachsene um 22% und für Jugendliche sogar um 31% gesenkt, und das hatte entsprechende Einschnitte bei den Arbeitslosengeldern zur Folge. Auch im privaten Sektor wurden durch die Abschaffung des Urlaubs- und Weihnachtsgelds drastische Lohnkürzungen durchgesetzt. Hinzu kamen die weitgehende Demontage der nationalen Tarifvereinbarungen und des Arbeitsrechts. Auch die Renten wurden gekürzt und die öffentlichen Ausgaben für das Gesundheits- und Bildungswesen zusammengestrichen, während im Gegenzug die Sozialabgaben erhöht und Sondersteuern auf Immobilien erhoben wurden. Unter dieser Voraussetzung gab die Troika das schon im Februar in Aussicht gestellte zweite Darlehenspaket im Umfang von 130 Milliarden Euro frei und brachte den Schuldenschnitt auf den Weg, der allerdings nur die privaten Gläubiger betraf: Sie sollten auf 53,5% des Nominalwerts der von ihnen gehaltenen Staatsanleihen verzichten, was einem Volumen von 107 Milliarden Euro entsprach. Auf diese Weise sollte die inzwischen auf 160% der jährlichen Wirtschaftsleistung gestiegene Staatsschuld bis zum Jahr 2020 auf 120% reduziert werden.

Indessen war auch dieses rigorose Sparpaket noch nicht das letzte Wort. Obwohl es die Krisenspirale weiter beschleunigte und vor aller Augen die Verarmung der griechischen Unter- und Mittelschichten vorantrieb, ließ die Troika nicht locker. Sobald sich die aus den Juni-Wahlen hervorgegangene neue Regierung einigermaßen konsolidiert hatte, zwangen ihr die Teams des IWF, der EZB und der EU-Kommission eine neue Verhandlungsrunde auf. Zunächst war von einer offenen Haushaltsdeckungslücke im Umfang von 11,5 Milliarden Euro die Rede, die bis Ende 2014 durch weitere Rentenkürzungen, die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre und die Halbierung der Sozialfürsorge geschlossen werden sollte. Es kam zu monatelangen Verhandlungen, deren Zwischenergebnisse immer wieder durch die sich weiter vertiefende Rezession zu Makulatur gemacht wurden. Anfang November legten dann der konservative Ministerpräsident Antonis Samaras und dessen Finanzminister Ioannis Stournaras die Karten auf den Tisch. Sie hatten mit der Troika eine Ausdehnung des Finanzrahmens bis Ende 2016 vereinbart, innerhalb dessen weitere Einsparungen im Umfang von 18,8 Milliarden Euro erzielt werden sollen; allerdings soll die Hauptmasse der Einsparungen im Umfang von 13,5 Milliarden Euro schon innerhalb der nächsten zwei Jahre erzielt werden. Dabei waren wie bisher vor allem die Rentner (durch die Anhebung des Eintrittsalters und die gestaffelte Kürzung der

Altersbezüge um weitere 5,5 Milliarden Euro), die öffentlichen Bediensteten (1,5 Milliarden Euro durch Gehaltskürzungen und Entlassungen) und der Gesundheitssektor (weitere Kürzungen um 1,1 Milliarden Euro) die Leidtragenden. Auch die Steuerschraube wurde ein weiteres Mal hochgedreht, um zusätzliche Einnahmen im Umfang von 3,9 Milliarden Euro einzutreiben. Das waren aber nur die wichtigsten Komponenten. Insgesamt sah das mittelfristige Finanzprogramm 151 Eingriffe vor, die weit über das Feld der Budgetsanierung und Sparpolitik hinausreichen und die Demontage der in jahrzehntelangen Kämpfen erworbenen Arbeitsschutz- und Sozialrechte vollendeten.

Das vierte Sparpaket wurde vom Parlament am 7. November 2012 mit knapper Mehrheit gebilligt. Darauf folgte am 11. November die Verabschiedung des Haushaltsplans für 2013, der Budgeteinsparungen im Umfang von 9,5 Milliarden Euro vorsieht. Damit hatte die von der Dreierkoalition der Nea Dimokratia, Pasok und Dimar verantwortete Austeritätspolitik ihren Gipfelpunkt erreicht. Sie war einmal mehr mit dem Argument durch das Parlament gepeitscht worden, unter allen Umständen die Vorbedingungen für die Freigabe der nächsten Darlehenstranche im Umfang von 31,5 Milliarden Euro nicht gefährden zu dürfen. Damit ließen sich die Finanzminister der Euro-Zone jedoch Zeit. Auf ihrer Sitzung am 12. November vertagten sie die Entscheidung. Um den Staatsbankrott dennoch zu verhindern, genehmigten sie die Verlängerung eines kurzfristigen Überbrückungsdarlehens im Umfang von fünf Milliarden Euro, das die EZB schon im August zur Verfügung gestellt hatte.

Durch dieses Vorgehen haben die Entscheidungsträger der Troika eine weitere Vertiefung der griechischen Wirtschaftsdepression ausgelöst. Gleichzeitig werden zunehmende Konflikte zwischen dem IWF und den beiden europäischen Partnern der Troika sichtbar. Der IWF plädiert inzwischen für einen zweiten Schuldenschnitt, für den diesmal die öffentlichen Gläubiger der EU – ZB und EU-Kommission – aufkommen müssten. Die aber lehnen ihn vehement ab, zugleich erteilten sie auch einem weiteren Darlehenspaket eine Absage. Stattdessen plädieren sie dafür, die Frist zur Sanierung der griechischen Staatsfinanzen über das Jahr 2020 hinaus zu verlängern. Gleichzeitig rückt der Kollaps der griechischen Wirtschaft und Gesellschaft immer näher. Dessen ungeachtet sind die Entscheidungsträger der EZB und der EU-Kommission nur zu minimalen Entlastungsaktivitäten bereit. Dazu gehören die Senkung der Darlehenszinsen, die Verlängerung der Ankaufsfrist für kurzfristige Anleihen durch die EZB und die Überweisung der Extraprofite, die die EZB und einige europäische Nationalbanken seit 2010 aufgrund weit unter Nominalwert gekaufter Staatsanleihen herausziehen, an die griechische Regierung.

Von der Rezession zur Depression

Mittlerweile ist Griechenland am Ende des fünften Krisenjahrs angekommen. Eine Abschwächung der Krise ist nicht absehbar. Vielmehr kommen von Woche zu Woche immer schlimmere Daten. Die Wirtschaftsleistung ist seit Krisenbeginn um 25% zurückgegangen und wird im Jahr 2012 um weitere 6,5% schrumpfen, die Investitionen wurden um 39% zurückgefahren. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote ist auf 25,4% (1,3 Millionen Personen) gestiegen, bei den Jugendlichen unter 24 Jahren hat sie 58% erreicht. Die Einkommen der durchschnittlichen Arbeiterhaushalte haben sich halbiert. Der Massenkonsum ist um über ein Drittel geschrumpft, in den Großstädten sind die Einzelhandelsumsätze um 45% eingebrochen. Die griechischen Unter- und Mittelklassen leben seit drei Jahren von den Vermögensreserven, die sie im Rahmen ihrer immer noch intakten Familienverbände angesammelt hatten. Diese Überlebensreserven gehen allmählich zur Neige.

Derart dramatischen Einbrüchen vermag keine Gesellschaft länger standzuhalten, auch nicht die griechische. Ein Drittel der griechischen Bevölkerung vegetiert inzwischen unterhalb der offiziellen Armutsgrenze. Ihre Haushalte können die Krankenversicherung, die Mieten und die Stromrechnungen nicht mehr bezahlen, ihre Hypotheken nicht mehr bedienen und kein Heizöl mehr für den Winter anschaffen. 40.000 bis 50.000 Menschen sind obdachlos. Die Kommunalverwaltungen, Hilfsorganisationen und Kirchengemeinden geben zeitweilig bis zu 250.000 Essensrationen täglich aus. Nach neusten Angaben hat mindestens die Hälfte der Erwerbslosen – etwa 650.000 Menschen – ihre Krankenversicherung verloren. Wenn bei ihnen Krebsleiden oder andere schwere Erkrankungen festgestellt werden, werden diese einfach ignoriert und nicht behandelt. Viele chronisch Kranke sterben deutlich früher, weil sie sich die – nur noch privat erhältlichen – Medikamente nicht leisten können. Der Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung schreitet immer schneller voran. Trotzdem bilden weitere Kürzungen im Gesundheitsetat einen Schwerpunkt des neuesten Sparpakets.

Immer mehr Menschen versuchen, den Krisenfolgen zu entgehen, indem sie ihre Wohnorte verlassen und sich auf die Wanderschaft begeben. Inzwischen sind 80% aller Jugendlichen in ihre elterlichen Familienhaushalte zurückgekehrt. Da die Hälfte der griechischen Familienhaushalte noch über ländliche Grundstücke verfügt, beginnen sie zunehmend die städtischen Ballungsgebiete zu verlassen. Zusätzlich hat bei den höher qualifizierten Jugendlichen eine Emigrationswelle eingesetzt. Ihre Zielregionen sind vor allem Nordamerika, Australien, die Golfstaaten und die Kernzone der Europäischen Union. München ist zur Drehscheibe der Auswanderung in die Kernländer der Europäischen Union geworden.

Wir dürfen aber auch die soziale Demoralisierung nicht verschweigen, die durch die Krise ausgelöst wurde. Die Zahl der psychischen Erkrankungen hat sprunghaft zugenommen. Immer mehr Menschen bringen sich um, es handelt sich überwiegend um Männer aus den unteren Mittelschichten. In den proletarischen Quartieren breiten sich Prostitution, Kleinkriminalität und Drogenabhängigkeit aus. Gleichzeitig kommt es zu einer zunehmenden Abschottung und Gettoisierung der Arbeiter- und Armenviertel, denn ihren BewohnerInnen fehlt buchstäblich das Geld, um ihre Stadtteile verlassen zu können. Derartige Konstellationen hat es in Griechenland seit dem Ende des zweiten Weltkriegs und des Bürgerkriegs nicht mehr gegeben. Vor der Krise hatte Griechenland zu denjenigen Ländern der Europäischen Union gehört, die sich durch besonders niedrige Kriminalitäts- und Suizidraten auszeichneten.

Hinzu kommt das Massenelend der MigrantInnen, von denen etwa 800.000 registriert und 350.000 ohne Papiere sind. Die erste Einwanderungswelle, die zu Beginn der 1990er Jahre aus den südosteuropäischen Nachbarländern einsetzte, hatte die klassische griechische Emigrationsgesellschaft erstaunlich gut verkraftet. Als dann im vergangenen Jahrzehnt hunderttausende Flüchtlinge aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Afrika hinzukamen, waren massive soziale Konflikte vorprogrammiert. Die europäischen Migrationsverträge lassen die Weiterwanderung der Flüchtlinge in die europäische Kernzone nicht zu. Diese Konfliktsituation wird inzwischen von den griechischen Neofaschisten ausgenutzt. Unter den Augen der Polizei begehen sie systematische Gewaltakte gegen die »Fremden«, die von der Politik durch Praktiken des institutionellen

Rassismus – Razzien, Einrichtung von Internierungslagern usw. – flankiert werden. Antirassistische Hilfsorganisationen und Basisinitiativen der Linken kämpfen inzwischen verzweifelt gegen die arbeitsteilige Mobilisierung dieses sozialen Ventils der um sich greifenden Massenverarmung. Die neofaschistische Partei »Chrysi Afji« (Goldene Morgenröte) wird seit neuestem von Teilen der konservativen Eliten als politische Alternative eingeschätzt und offen unterstützt.

Zwischenbilanz

Die von der Troika und den griechischen Regierungen seit dem Frühjahr 2010 ausgehandelten vier Austeritäts- und Darlehensprogramme sind gescheitert. Dieses Schicksal wird auch dem letzten, am 7. November 2012 verabschiedeten Sparpaket widerfahren, das erst nach einer mehrmonatigen Hängepartie zustande kam. Dabei stießen starre finanz- und wirtschaftspolitische Doktrinen immer wieder auf die Wirklichkeit einer sich dramatisch vertiefenden Krise; sie wurden aber nie revidiert, sondern lediglich der veränderten Datenlage angepasst. Diese doktrinäre Härte kommt nicht von ungefähr. Sie stellt unter Beweis, dass die Akteure der Troika und der griechischen politischen Klasse völlig einseitig im Interesse der Kapitalvermögensbesitzer handeln und die Krisenkosten einseitig auf die Unterklassen und unteren Mittelschichten abwälzen. Bis heute wurden keine wirksamen Maßnahmen gegen die vor aller Augen stattfindenden Steuerhinterziehungen und illegalen Vermögenstransfers seitens der Oberschichten und Unternehmensoligarchen unternommen. Den Schätzungen seriöser Experten zufolge sind seit Krisenbeginn aus Griechenland Kapitalvermögen im Umfang von 120 bis 150 Milliarden Euro ins Ausland transferiert und auf Schweizer Banken und bei Investmentfonds in Singapur deponiert sowie im Londoner Immobiliensektor investiert worden. Die Kapitalflucht hat inzwischen Dimensionen erreicht, die sogar das im Juli 2011 verabschiedete Privatisierungsprogramm illusorisch machen: Von den ins Auge gefassten Erlösen im Umfang von 50 Milliarden Euro sind bislang nur 1,5 Milliarden Euro realisiert worden. Das Einzige, was einigermaßen zu funktionieren scheint, ist bezeichnenderweise die Stabilisierung des griechischen Bankensystems. Von den insgesamt 240 Milliarden Troika-Darlehen wurde über ein Fünftel – knapp 50 Milliarden Euro – zur Rekapitalisierung des Finanzsektors bereitgestellt. Auf dieser Basis wurde ein Fusionsprogramm in Gang gebracht, in dessen Ergebnis die vier als »systemwichtig« bezeichneten griechischen Großbanken überleben sollen. Dagegen wurde der öffentliche Sektor – und mit ihm das gesamte soziale Sicherungssystem – endgültig in den Ruin getrieben.

Die hinter dieser Asymmetrie der Krisenbekämpfung stehenden materiellen Interessen liegen offen zutage. Sie haben zu einer Gemengelage aus doktrinärer Verbohrtheit und realem Chaos geführt, die etwas genauer untersucht werden sollte. Dabei fallen einige Aspekte besonders ins Auge.

(1)Bis heute waren die Exponenten des IWF-Teams die unangefochtenen Taktgeber des Vorgehens der Troika. Sie verfolgen ein rigoroses Modell der Haushaltssanierung, um Umschuldungsoperationen durch Strukturanpassungsprogramme zu ersetzen. Sie halten es für ihre wichtigste Aufgabe, die privaten und öffentlichen Zeichner der Staatsanleihen um fast jeden Preis vor Verlusten zu schützen und ordnen die gesamte Haushalts-, Sozial- und Wirtschaftspolitik diesem Vorrang unter. Das verleitet sie zur schematischen Anwendung jener Strukturanpassungsprogramme, wie sie schon in den 1980er Jahren während der Schuldenkrise der Schwellenländer des globalen Südens angewandt und in den 1990er Jahren nach dem Zusammenbruch des Sowjetblocks nochmals verfeinert wurden. Die Mitglieder des Athener IWF-Teams repräsentieren diese Erfahrungen auch persönlich.

(2) Innerhalb dieses Rahmens agieren die Teams der Europäischen Zentralbank und der EU-Kommission, die beide von Deutschen geleitet werden. Sie lancieren Maßnahmen zur Senkung der Staatsausgaben und der Arbeitskosten, die massive Lohnkürzungen und einen breit angelegten Sozialabbau im öffentlichen und privaten Sektor zur Folge haben. Diese Maßnahmenbündel zielen auf eine umfassende und nachhaltige Senkung (Deflation) der Preise. Gleichzeitig sollen die Staatseinnahmen durch Steuererhöhungen, die Einführung von Sondersteuern und die Anhebung der Sozialabgaben in ihrer ganzen Bandbreite gesteigert werden, und das hat einen gegenläufigen Preisanstieg (Inflation) zur Folge. Da aber die Wirtschaftsleistung kontinuierlich weiter sinkt, müssen diese Eingriffe ständig verschärft werden. Auf diese Weise ist die breite Masse der Bevölkerung in einer Schere aus Deflation und Inflation gefangen. Das Ergebnis ist eine systematisch vorangetriebene und fortlaufend radikalisierte kollektive Ausbeutung der Unter- und Mittelklassen einer ganzen Volkswirtschaft, die über den zentralen Staatshaushalt zugunsten der öffentlichen und privaten Gläubiger der Staatsanleihen entrechtet, entwertet und in die Armut getrieben werden.

(3) Der mit dem dritten Sparpaket vom Februar 2012 gekoppelte Schuldenschnitt war weitgehend fiktiv. Es wurden 53,5% des Nennwerts der von den privaten Gläubigern gehaltenen Staatsanleihen abgeschrieben, also 107 Milliarden Euro. Aber dieses Zugeständnis wurde von der Troika durch ein Vorzugsdarlehen im Umfang von 30 Milliarden Euro und die Übernahme von 5,5 Milliarden Euro Verzugszinsen versüßt. Zudem hatten die privaten Gläubiger die griechischen Staatsanleihen seit 2009 weit unter ihrem Nominalwert gekauft. Infolgedessen wurden lediglich 32 Milliarden Euro des Gläubigerkapitals abgeschrieben, und dies entsprach etwa 16% der Altanleihen. Infolgedessen wurde die Staatsschuld um lediglich 9 – 10% verringert. Sie hat inzwischen den Ausgangspunkt – 160% der Wirtschaftsleistung – wieder erreicht und dürfte sich bis Ende 2013 auf einem Plateau zwischen 180 und 190% einpendeln.

(4) Im Gefolge der Austeritätspolitik ist die repräsentative Demokratie nachhaltig verhöhnt worden. Von Anfang an wurden die Sparprogramme unter Missachtung elementarer Verfassungsgrundsätze durch das Parlament gepeitscht. Im November 2011 wurde dann eine technokratische Übergangsregierung eingesetzt, die über keinerlei politische Legitimation verfügte. Bei der Verabschiedung des dritten Austeritätsprogramms musste die griechische Regierung ihre Verfügungsgewalt über den Staatshaushalt an die Troika abgeben. Seither werden die Darlehenstranchen auf ein Sperrkonto des griechischen Finanzministeriums überwiesen, das praktisch eine Außenstelle der Europäischen Zentralbank darstellt. Insgesamt haben diese Entwicklungen den autoritären, auf die Patronage der Parteiführer und deren Satrapen fixierten Charakter des politischen Systems weiter verstärkt.

(5) Bei der im Frühjahr 2012 durchgeführten Umschuldung der von Privaten gezeichneten Staatsanleihen wurde die einseitige Bedienung der materiellen Klasseninteressen der Reichen auf die Spitze getrieben. Innerhalb Griechenlands wurden nur die Geschäftsbanken für ihre Verluste schadlos gehalten: Sie erhielten zum Ausgleich für ihre Anleiheverluste von der Troika eine Kapitalspritze im Umfang von 18 Milliarden Euro, gekoppelt mit weiteren Rekapitalisierungszusgen im Umfang von 30 Milliarden Euro. Auch

die Träger der öffentlichen Sozialversicherung, insbesondere die der deutschen AOK vergleichbare Krankenkasse IKA, hatten aufgrund gesetzlicher Vorschriften griechische Staatsanleihen im Umfang von 18,7 Milliarden Euro gezeichnet, und zwar im Gegensatz zu den Banken nicht zu den niedrigeren Marktpreisen, sondern zum Nominalwert. Im Gegensatz zu den Großbanken erhielten sie bis heute für ihre Verluste keinen Ausgleich. Da aufgrund der anhaltenden Massenerwerbslosigkeit und Lohnkürzungen sowie des Ausbleibens der Unternehmensanteile auch die Beitragszahlungen drastisch zurückgingen, wurden die Sozialkassen faktisch in den Ruin getrieben. Sie mussten ihre Zahlungen zugunsten der Versicherten, aber auch an die Gesundheitszentren, Apotheken und Krankenhäuser, weitgehend einstellen. Der Zusammenbruch des Gesundheitswesens markiert den beginnenden Kollaps des gesamten sozialen Sicherungssystems. Die Operationen der Troika und der griechischen Regierungen haben nicht nur Millionen Menschen entrechtet, enteignet und in die Armut getrieben, sondern gefährden auch konkret das Überleben hunderttausender Chronischkranker. Diese Folgewirkungen waren von Anfang an absehbar. Die Akteure haben sie zugunsten des Vorrangs des Finanzsystems und der Renditeinteressen der Kapitalvermögensbesitzer bewusst in Kauf genommen. Sie haben damit eine rote Linie überschritten, jenseits derer ihr Handeln in ein soziales Menschheitsverbrechen umschlägt.

(6)Alle Beobachter sind sich darin einig, dass die deutsche Regierung eine besonders unnachgiebige Haltung vertritt und sich innerhalb der Euro-Zone immer wieder für ein kompromissloses Vorgehen der Troika einsetzt. Wie ist diese Härte zu erklären? Dazu werden in der internationalen Debatte zwei Thesen vertreten. Die erste besagt, dass die seit dem DDR-Anschluss zur europäischen Vormacht aufgestiegenen deutschen Wirtschafts- und Politikeliten jetzt nach zwei Jahrzehnten der Zurückhaltung Flagge zeigen wollen. Sie verschärfen planvoll die krisenhafte Entwicklung in Griechenland und den übrigen Ländern der europäischen Peripherie und ziehen immer erst im letzten Augenblick die Notbremse in Gestalt des »Europäischen Rettungsschirms«, um so die möglichst rasche Übertragung der in Deutschland seit 20 Jahren praktizierten Restriktions- und Niedriglohnpolitik durchzusetzen. Diese Einschätzung stellen die Vertreter der zweiten Hypothese nicht in Abrede. Sie meinen aber, dass die strategische Option der deutschen Eliten inzwischen im Fall Griechenland an ihre Grenzen gestoßen sei. Wahrscheinlich sind beide Argumentationslinien zutreffend: Planerischer Dogmatismus und chaotisches Krisenmanagement koexistieren zunehmend nebeneinander und erzeugen eine Gemengelage, die auf die herrschenden Eliten Deutschlands und Europas zurückschlägt, sie in Machtkämpfe verwickelt und allmählich zu blockieren beginnt.

Dabei hätten die Deutschen gute Gründe, sich besonders zurückzuhalten. Im April 1941 überfiel die Nazi-Wehrmacht Griechenland. Bis zu ihrem Abzug im Oktober 1944 wurde die griechische Volkswirtschaft von den Deutschen systematisch ausgeraubt, und bei ihren Rückzugsoperationen zerstörtem sie auch die Infrastruktur weitgehend. Deshalb wurden Griechenland im Januar 1946 auf einer Interalliierten Konferenz erhebliche Reparationsleistungen zugesprochen. Sie wurden nur zu einem Bruchteil erstattet. Bis heute ist dieses Reparationsabkommen völkerrechtswirksam. Unter Berücksichtigung der seither eingetretenen Geldentwertung und ohne Aufrechnung der Zinsen und Zinseszinsen steht Deutschland heute gegenüber Griechenland mit einer Reparationsschuld im Umfang von knapp 80 Milliarden Euro in der Kreide.

Griechenland und die übrigen Peripherieländer der Euro-Zone

Parallel zu Griechenland befinden sich auch andere Peripherieländer der Euro-Zone seit 2008 in einer schweren Krise, die durch den Restriktionskurs ihrer Regierungen und der europäischen Institutionen ständig vertieft wird. Um die Gesamtsituation besser zu verstehen, ist ein Vergleich dringlich. Worin unterscheidet sich die Entwicklung in Griechenland von den Verhältnissen in Irland, Italien, Portugal und Spanien? Und wo gibt es Gemeinsamkeiten?

Zunächst zu den Unterschieden. Im Gegensatz zu Griechenland dominierte in den anderen Peripherieländern nach der Einführung der Einheitswährung vor allem die Verschuldung der Unternehmen und Privathaushalte. Das lag daran, dass die dortigen Regierungen schon in den frühen 1980er Jahren einen harten Restriktionskurs eingeschlagen hatten, der auch noch in den 1990er Jahren ausgeprägter war als in Griechenland. Deshalb nutzten auch die Unterschichten die sich seit der Einführung des Euro ergebende Gelegenheit zur billigen Kreditaufnahme, um die in den vergangenen Jahrzehnten erlittenen Lohn- und Einkommensverluste durch die Aufnahme von Hypotheken und Konsumentendarlehen auszugleichen. Dann kam 2008/20009 die Weltwirtschaftskrise. Sie führte zum Platzen der Hypotheken- und Immobilienblase und ruinierte die Banken. Darauf folgten der Einbruch des Massenkonsums, die Schrumpfung der Realwirtschaft, Massenerwerbslosigkeit und der Zwangsverkauf der überschuldeten Immobilien. Die Wirtschaftsleistung geht seither stetig zurück, und dies führte inzwischen ebenfalls zu einer steigenden Staatsverschuldung.

Es gibt aber auch gewichtige Gemeinsamkeiten. Alle Peripherieländer waren seit den 1990er Jahren einem wachsenden Lohn-, Preis- und Exportdumping seitens der Kernzone, insbesondere Deutschlands, ausgesetzt. Das rührte daher, dass sich dort im Gefolge des anhaltenden Sozialabbaus und der Einführung des Niedriglohnsektors die Exportpreise ständig verbilligten und die Konkurrenz der Peripherieländer zunehmend ausschalteten. Der Unterschied der Lohnstückkosten belief sich bis Krisenbeginn auf etwa 30%. Eine anhaltende Entindustrialisierung der Peripherie der Euro-Zone war die Folge, denn seit der Einführung der Einheitswährung konnten die wachsenden Wetttbewerbsnachteile nicht mehr durch währungspolitische Eingriffe ausgeglichen werden. Diese strukturellen Nachteile verstärkten sich nach Krisenbeginn weiter und schränkten die Handlungsoptionen der Regierungen erheblich ein. Wie in Griechenland werden seit 2010/2011 auch in den anderen Peripherieländern Austeritätsprogramme gefahren, um durch Sozialabbau und Lohnsenkungen eine Art »innere Abwertung« in Gang zu bringen und die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Durch diese einseitigen Strukturanpassungsprogramme wird auch in diesen Ländern die Krise zu einer lang anhaltenden Depression vertieft.

Gleichwohl hat sich die Entwicklung in Griechenland besonders weit zugespitzt. Deshalb ist dieses Land zum Experimentierfeld der Troika geworden. Die bei der Revision und Radikalisierung der Austeritätsprogramme gemachten Erfahrungen werden laufend auf die übrigen Peripherieländer übertragen, und zwar unabhängig davon, ob sie sich – wie etwa Irland und Portugal – im direkten Zugriff der Troika befinden oder nicht. Aufgrund der fatalen Wechselwirkung zwischen Depression und Sparpaketen nehmen die Ungleichgewichte gegenüber den Kernländern der Euro-Zone weiter zu. Trotzdem lassen es sich deren Regierungen nicht nehmen, über den Transfermechanismus der Europäischen Zentralbank Extraprofite aus den überschuldeten

Peripherieländern herauszuziehen. Eine weitere Zunahme der Ungleichgewichte ist die Folge, die sich letztlich auch auf die gesamte Region negativ auswirkt. Inzwischen ist die gesamte Euro-Zone wieder in die Rezession zurückgefallen, und die gesamtwirtschaftliche Erholung beschränkt sich mehr und mehr auf Deutschland, den Hauptmotor der europäischen Restriktionspolitik.

Ausschluss oder Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone?

Seit der Durchsetzung des ersten Spar- und Darlehenspakets im Mai 2010 spekulieren die Massenmedien der europäischen Kernländer über einen Austritt oder Rauswurf Griechenlands aus der Euro-Zone. Dabei werden vor allem in Finnland, den Niederlanden und Deutschland sozialrassistische Vorurteile mobilisiert, um den harten Restriktionskurs ideologisch abzusichern. Gleichzeitig wird eine gezielte Politik der Nicht- und Desinformation betrieben. So wird nicht etwa über die Konzepte und Praktiken der Troika-Delegationen berichtet, sondern »unsere Jungs in Athen« werden als wackere Beamten dargestellt, die unerschrocken im Dienst der Gläubiger ihre Pflicht tun. Wichtige Entwicklungstendenzen, so etwa die um sich greifende Massenverelendung oder die Methodik der Umschulungsoperationen, werden völlig ausgeblendet.

Diese Techniken sind nicht neu. Neu ist aber die Mobilisierung sozialrassistischer Stereotypen, mit denen die griechische Bevölkerung pauschal abgewertet und ausgegrenzt wird: »Die Griechen sind faul, korrupt, zahlen keine Steuern und wollen sich auf unsere Kosten mästen«, heißt es. Deshalb müssen sie raus aus der Euro-Zone, denn Griechenland ist ohnehin ein Land der Dritten Welt und des südeuropäischen »Olivengürtels«.

Dabei arbeiten die griechischen Unterklassen länger und härter – wenn auch nicht produktiver – als die ArbeiterInnen der europäischen Kernzone. Ihre Steuern werden ihnen genauso automatisch vom Lohn abgezogen wie hierzulande; professionelle Steuerhinterzieher sind nur die oberen Mittelschichten und die Reichen, die dafür bis heute nicht zur Rechenschaft gezogen wurden. Auch die – unbezweifelbar massive – klientelistisches Korruption der griechischen Eliten ist nur anders strukturiert als die »politisch korrekt« abgesicherte Pfründenwirtschaft der hiesigen Manager- und Politikerschichten. Und schließlich wurde den europäischen Steuerzahlern bis heute kein einziger Euro zugunsten Griechenlands abgezogen. Vielmehr haben die durch die Troika repräsentierten öffentlichen Gläubiger seit Mitte 2010 erhebliche Extraprofite aus Griechenland herausgeholt.

Noch wirksamer und folgenreicher ist die sozialrassistische Instrumentalisierung von Existenzängsten durch die Medien. Vom »Bild« über die FAZ bis zum »Spiegel« verbreiten die Meinungsmacher seit dem Frühjahr 2010 immer wieder die Behauptung, »die Griechen« bezögen Luxusrenten und gefährdeten durch ihre Transferforderungen die Altersbezüge der kleinen Leute hierzulande. Das ist eine besonders perfide sozialrassistische Projektion. Es wird der Eindruck erweckt, als ob »die Griechen« und nicht etwa die seit den 1990er Jahren amtierenden deutschen Regierungen – und dabei insbesondere die Schröder-Fischer-Regierung – der breiten Masse der erwerbsabhängigen Bevölkerung den Weg in die Altersarmut aufgezwungen hätten.

Im Kontext dieser Medienpropaganda wurde direkt oder indirekt der Austritt oder Ausschluss Griechenlands aus der Euro-Zone gefordert. Verschwiegen wurde dabei geflissentlich, welche Folgen dies für die griechische Volkswirtschaft hätte. Wie interne Untersuchungen übereinstimmend belegen, würde die Wirtschaftsleistung nochmals um 35% schrumpfen. Die Erwerbslosigkeit würde um weitere 30% zunehmen. Nach der Wiedereinführung der nationalen Währung käme es sofort zu einem Inflationsschub um 40%, der sich binnen Jahresfrist auf mindestens 65% steigern würde. Es käme zum endgültigen Zusammenbruch des Bankensystems. Es wären keine Devisen mehr verfügbar, und infolgedessen könnte keine Lebensmittel, Medikamente, Energierohstoffe und industrielle Vorprodukte mehr eingeführt werden. Griechenland würde dann in der Tat in den Status eines Entwicklungslands zurückgeworfen, und noch im Winter 2012/2013 käme es zu einer Hungerkatastrophe, die an die Ausmaße der von der deutschen Besatzungsherrschaft verantworteten Hungerkatastrophe des Winters 1941/42 heranreichen könnte.

Inzwischen sind auch die wahrscheinlichen Auswirkungen auf die übrigen europäischen Peripherieländer untersucht werden. Dabei halten die bis jetzt bekannt gewordenen Gutachten – zuletzt eine von der Bertelsmann-Stiftung in Auftrag gegebene Studie der Prognos AG – einen Domino-Effekt für wahrscheinlich. Ein Austritt aus der Euro-Zone hätte auch für die anderen Peripherieländer, insbesondere Portugal und Spanien, vergleichbar katastrophale Folgen. Da ein solches Szenario zum Kollaps der gesamten Euro-Zone führen würde, wird angenommen, dass die Europäische Zentralbank und die inzwischen geschaffenen Instrumente des »Europäischen Rettungsschirms« weitaus entschiedener gegensteuern würden als im Fall Griechenland. Ein Erfolg gilt allerdings als fraglich, denn zur Unterbrechung eines tatsächlich in Gang gekommenen Domino-Effekts müssten etwa zwei Billionen Euro mobilisiert werden.

Seit längerem wird auch über die Auswirkungen eines Austritts Griechenlands und der übrigen Peripherieländer auf die Volkswirtschaften der Kernländer nachgedacht. Den bis jetzt bekanntgewordenen Simulationsmodellen zufolge könnten die unmittelbaren und mittelbaren Folgen eines Griechenland-Austritts (»Grexit«) beherrscht werden, nicht aber der sich daraus mit großer Wahrscheinlichkeit ergebende Domino-Effekt. Die Europäische Union würde mindestens in die Krisenkonstellation der Jahre 2008/2009 zurückfallen und eine lang anhaltende Massenerwerbslosigkeit durchmachen. Eine Kapitalflucht würde einsetzen, die Einheitswährung entwerten und Europa mindestens ein Jahrzehnt lang in die Depression treiben. Dadurch würde auch die Weltwirtschaft schwer in Mitleidenschaft gezogen.

Infolgedessen sind sich die Akteure der europäischen Entscheidungszentren grundsätzlich einig, Griechenland in der Euro-Zone zu halten. Dafür sind aber auch politische und militärische Gründe maßgeblich. Griechenland ist nicht nur für die politische Kontrolle der Balkan-Region wichtig, sondern stellt auch eine geostrategische Brücke der Nato zum Nahen und Mittleren Osten dar. Ein wirtschaftspolitischer Ausschluss könnte diese Schlüsselfunktionen gefährden und Konkurrenten wie China oder Russland auf den Plan rufen. Zumindest solange die Türkei nicht vollkommen in die Europäische Union integriert ist, würde ein solcher Schritt elementare Interessen der Großmächte der Transatlantikregion aufs Spiel setzen.

Nach außen geben die hinter der Troika stehenden Entscheidungsträger diese grundsätzlichen Festlegungen allerdings nicht gern zu erkennen. Sie benutzen das Ausschluss-Szenario immer wieder als Drohgeste, um die griechischen Herrschaftseliten unter Anpassungsdruck zu setzen und vor der erstarkenden linken Opposition zu schützen, indem sie einen angeblichen Automatismus zwischen der Zurückweisung der Austeritätspolitik und einem EU-Ausschluss

suggerieren. Darüber hinaus benutzt vor allem die deutsche Regierung das Spiel mit dem »Grexit«-Szenario, um ihren nationalkonservativen Flügel bei der Stange zu halten. An ihrer Taktik, die Krise zur beschleunigten Durchsetzung ihres in Deutschland seit über 20 Jahren praktizierten Sozialabbaus zu nutzen und erst im Augenblick des drohenden Zusammenbruchs einige Zugeständnisse zu machen, änderte sich jedoch nichts.

Aber auch massive materielle Eigeninteressen lassen einen Austritt oder Rauswurf Griechenlands aus der Euro-Zone als kontraproduktiv erscheinen. Mit den auf das Sperrkonto des griechischen Finanzministeriums überwiesenen Darlehenstranchen refinanziert sich in erster Linie die Troika laufend selbst: Die Hauptmasse der Überweisungen dient der Bedienung der Zinsen und Tilgungsraten der Troika-Darlehen und wird in der Regel schon nach wenigen Tagen wieder abgerufen, wobei wegen der auf den Nominalwert der Staatsanleihen bezogenen Zahlungsverpflichtungen erhebliche Extraprofite anfallen. Hinzu kommen die laufenden Beträge zur Rekapitalisierung des griechischen Bankensektors, insgesamt knapp 50 Milliarden Euro. Diese beiden Posten machen zusammen 85% der sich auf insgesamt 240 Milliarden Euro belaufenden Troika-Darlehen aus. Der Rest wird zur Deckung der griechischen Haushaltsdefizite benutzt. Die griechische Realwirtschaft selbst erhält nichts und wird weiter in die Depression getrieben. Warum sollten also die Troika und die hinter ihr stehende deutsche Bundesregierung ein Interesse daran haben, Griechenland aus der Euro-Zone herauszuwerfen?

Dieses Argument gewinnt weiter an Gewicht, wenn wir uns vergegenwärtigen, was letztlich durch die Austeritätsprogramme bezweckt wird. Um dies zu verstehen, wollen wir einen Blick auf den griechischen Haupthafen in Piräus werfen. Dort hat im Jahr 2010 der chinesische Logistikkonzern Cosco die Hälfte des Containerhafens zu einem Preis von 500 Millionen Euro gepachtet. Cosco hat kräftig investiert, um die Anlagen auf den neusten Stand der Technik zu bringen. Parallel dazu haben die chinesischen Manager ein hartes Arbeitsregime errichtet, so wie es derzeit in dem führenden Schwellenland üblich ist. Sie haben die Größe der bislang pro Kran-Umschlagsplatz eingesetzten Arbeitsgruppen von neun auf vier Mann verkleinert, ein rund um die Uhr laufendes Dreischichtensystem eingeführt, die Löhne auf ein Drittel zurückgefahren und die Arbeitsschutzbestimmungen durch die Einführung von Subkontraktfirmen ausgehebelt. Gewerkschaftliche Interessenvertretungen sind verbroten. Als einige Arbeiter kürzlich ein Komitee gründeten, um sich gegen die lebensgefährlich gewordenen Arbeitsbedingungen zu schützen, wurden sie umgehend entlassen. Auf diese Weise nimmt das Cosco-Experiment eine Konstellation vorweg, die nicht nur auf eine Anpassung an die Verhältnisse in den führenden europäischen Containerhäfen hinausläuft, sondern sie durch die Einführung der in den Schwellenländern üblichen Ausbeutungsmethoden auf »chinesische Zustände« weitertreibt. Wenn die ArbeiterInnen der europäischen Kernländer die in Griechenland und den anderen Peripherieländern der Euro-Zone durchexerzierte Spar- und Deregulierungspolitik der Troika widerstandslos hinnehmen, dann dürfen sie sich nicht wundern, wenn sie demnächst ihrerseits mit »griechischen Zuständen« konfrontiert sein werden.

Sozialer Widerstand und Gegenperspektiven

Die griechischen Unterklassen haben die Austeritätspolitik der Troika und ihrer Kollaborationsregierungen nicht kampflos hingenommen. Es kam zu Sozialrevolten, zur Besetzung von Fabriken und öffentlichen Gebäuden und zu über 20 befristeten Generalstreiks. Zeitweilig gelang den neuen Initiativen der Prekären ein Schulterschluss mit den Organisationen der Arbeiterlinken und Gewerkschaften, da schließlich alle Segmente der Arbeiterklasse vom Sozialabbau, von den Lohnkürzungen und den Steuererhöhungen betroffen sind. Das sich abzeichnende Bündnis driftete jedoch seit Mai 2010 wieder auseinander und begünstigte bei der Mehrheit der Betroffenen das Aufkommen von Gefühlen der Ohnmacht und starker resignativer Tendenzen.

Trotzdem hält bis heute eine entschiedene Minderheit am sozialen Widerstand fest. Ihre Aktionen sind eng mit dem Rhythmus verknüpft, in dem die Sparpakete durchgesetzt wurden. Auf den »Aufschrei« der prekären Jugendlichen vom Dezember 2008 folgten Massendemonstrationen, Generalstreiks und Besetzungsaktionen in Athen und den anderen Großstädten im Mai 2010, Juni-Juli 2011, November 2011 und Februar-März 2012. Ende August 2012 begann eine neue Streikwelle, einen Monat später folgten weitere befristete Generalstreiks und Massendemonstrationen, die sich bis zur Verabschiedung des neuesten Sparprogramms mehrfach wiederholten.

Es gab aber auch eine klar erkennbare Übersetzung des sozialen Massenwiderstands auf die politische Ebene. In dieser Hinsicht ist die Situation in Griechenland aus der europäischen Perspektive einmalig. Es ist dem Bündnis der radikalen Linken (Syriza) gelungen, sich aufgrund seiner pluralistischen Binnenstruktur breit auf die Massenproteste zu beziehen und sie in einen entschiedenen politischen Oppositionskurs zu übersetzen. Das hat ihr bei den Wahlen vom 6. Mai und 17. Juni zu einem politischen Durchbruch verholfen und sie zur zweitstärksten Parlamentsfraktion werden lassen. Mit ihrem oppositionellen Konzept ist Syriza zu einem politischen Hoffnungsträger geworden. Sie fordert den sofortigen Stopp des Sozialabbaus, insbesondere die Rücknahme der Lohn- und Rentenkürzungen sowie der Einschränkungen im Gesundheitswesen. Die dafür erforderlichen Mittel sollen durch die Verstaatlichung der Banken, die Verkündung eines Schuldenmoratoriums und die Einleitung von Umschuldungsverhandlungen frei gemacht werden. Dabei soll auch die Legitimität der Staatsschuld untersucht werden: In der Tat dürften 70 bis 80% davon durch wirtschaftspolitisch unsinnige Infrastrukturinvestitionen und durch korrupte Geschäftspraktiken zustande gekommen und entsprechend zurückzuweisen sein. Hinzu kommen Forderungen, die mit den spezifischen griechischen Verhältnissen zu tun haben. Dazu gehören die Säkularisierung der orthodoxen Staatskirche mit ihrem riesigen Grundbesitz, ein massives Abrüstungsprogramm, die konsequente Demokratisierung des autoritär-klientelistischen Parteisystems, die Ausgabe von Papieren an die Flüchtlinge zur freien Weiterreise in die Kernzone der Europäischen Union, die Rückführung, der illegal ins Ausland geschafften Vermögenswerte, eine entschiedene ökologische Wende und eine effiziente sowie nachhaltige Besteuerung der Reichen.

Dieser radikale Reformansatz zeigt, dass das Spektrum der griechischen radikalen Linken durchaus handlungsfähig ist. Die hinter der Troika stehenden Akteure setzen infolgedessen alles daran, um dieses Programm vor der breiten Bevölkerungsmehrheit mit der Behauptung zu neutralisieren, dass ein Wahlsieg von Syriza zum Ausschluss Griechenlands aus der Europäischen Union führen würde. Im Gegenzug ist den Akteuren von Syriza bewusst, dass sie nur im Kontext der Euro-Zone – und der Europäischen Union im weiteren Sinn – eine Chance haben. Wie wir bei der Erörterung der möglichen Folgen eines Austritts Griechenlands aus der Euro-Zone sahen, ist diese Option in der Tat alternativlos. Das bedeutet aber auch: Das Syriza-Projekt

hat nur dann eine Chance, wenn es von einer breiten europäischen Massenbewegung unterstützt wird. Dabei geht es um mehr als die traditionellen Formen der Solidarität, so wichtig diese im Kampf gegen die sozialrassistische Medienpropaganda auch sein mögen. Eine europaweit aktive Massenbewegung hat nur dann eine Chance, wenn sie auf kontinentaler Ebene das konzipiert, was Syriza für die griechische Konstellation artikuliert hat: Ein glaubwürdiges Programm der radikalen Kehrtwende, das der seit den 1980er und insbesondere 1990er Jahren praktizierten Politik des Sozialabbaus, der strategischen Unterbeschäftigung und der Durchsetzung prekärer Arbeitsverhältnisse ein Ende setzt. Ein solches Programm würde einerseits europaweit an den genuinen Eigeninteressen der Unterklassen ansetzen, und andererseits würde es indirekt mit seinen Folgewirkungen zu einer alternativen Krisenüberwindung in den europäischen Peripherieländern beitragen.

Ausgehend davon lassen sich die Umrisse einer alternativen europäischen Perspektive unschwer skizzieren. Sie sollte erstens dazu beitragen, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten in den Kernländern der Euro-Zone durch Lohn- und Sozialabbau entstandenen Wettbewerbsvorteile gegenüber der Peripherie zu beseitigen; in Deutschland wäre folglich die Rücknahme der Agenda 2010 und der Hartz-Gesetze der entscheidende Ausgangspunkt, gefolgt von einer radikalen Arbeitszeitverkürzung, von Lohnerhöhungen um mindestens 25% und dem Neuaufbau demokratisierter sozialer Sicherungssysteme. Ausgehend davon könnten dann zweitens europaweit neue Arbeits- und Sozialstandards auf die Tagesordnung gesetzt werden, die den prekären Arbeitsverhältnissen, der Arbeitshetze, gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen, den Niedriglohnsektoren und der Altersarmut ein Ende bereiten. Eine solche Kehrwende wird zweitens nicht kostenlos zu haben sein. Die Mittel dazu könnten durch eine einmalige Vermögensabgabe der Reichen sowie die progressive Besteuerung der höheren und hohen Einkommen und Vermögen unschwer beschafft werden.

Zweifellos ist eine solche arbeits-, sozial- und verteilungspolitisch durchdachte Kehrtwende nur möglich, wenn sie drittens durch weit reichende strukturelle Eingriffe in das finanz- und wirtschaftspolitische System flankiert wird. Dazu gehören die Einführung eines europäischen Schuldentilgungs- und -Liquidierungsfonds, die Abschmelzung des Finanzsektors durch die Zerschlagung der Großbanken und die Auflösung des Schattenbankensystems, die Entflechtung der Großkonzerne, eine radikale Demokratisierung und Föderalisierung der politischen Strukturen einschließlich des Zentralbanksystems und die Liquidierung des militärisch-industriellen Komplexes. Auf diese Weise könnten von einem sich demokratisch erneuernden Europa Impulse ausgehen, die eine weltweite Kehrtwende einleiten und die heute kaum mehr vorstellbare Perspektive der Systemüberwindung wieder auf die Tagesordnung setzen.

Bislang wurde die Perspektive der Systemüberwindung immer innerhalb eines nationalstaatlichen Rahmens gedacht. Letztlich gilt dies auch noch für die supranationale Ebene, und somit auch für ein demokratisch-föderalistisch konzipiertes Europa. Von Anfang an sollte deshalb eine transnationale, die eurozentristischen Dimension überschreitende Perspektive mitgedacht werden. Gerade Griechenland ist dafür ein gutes Beispiel. Griechenland liegt im Schnittpunkt mehrerer Regionen: Der Mittelmeerregion und des Nahen Ostens, des Balkans, der Peripherieländer der Euro-Zone und der Euro-Zone bzw. der Europäischen Union insgesamt. Der soziale Widerstand sollte seine Grenzen deshalb in alle Richtungen überschreiten. Die Migrationsprobleme und Abrüstungsfragen lassen sich nur in ihren mediterranen und nahöstlichen Kontexten lösen. Der auf dem Balkan grassierende ethnische Nationalismus kann nur durch eine föderative Perspektive überwunden werden. Eine Assoziation der noch immer auf ihre Nationalstaaten fixierten Protestbewegungen der Peripherieländer steht als besonders dringliche Agenda auf der Tagesordnung. Darüber hinaus wird alles davon abhängen, ob sich auch die im Kern des europäischen Machtzentrums lokalisierten Sozialbewegungen über ihre nationalen Käfige hinausbewegen und das Ihrige tun, um die Isolation der Massenproteste in Griechenland und den übrigen Peripherieländern zu durchbrechen. Auf diese Weise könnte die über den Kontinent hinaus reichende Vielschichtigkeit der Grenzüberschreitungen dazu beitragen, dass eine »reformistische« Konsolidierung des EU-Imperialismus und seiner menschenverachtenden Schengener Grenze verhindert wird. Ein von den sozialen Widerstandsbewegungen ausgehender europäischer Föderalismus hat nur dann eine Perspektive, wenn er von Anfang an seine eurozentristischen Ränder aufsprengt.

Letztlich ist diese Kehrtwende jedoch nur denkbar, wenn sie zugleich »von unten her« gedacht wird und von den elementaren menschlichen Bedürfnissen nach Gleichheit, sozialer Gerechtigkeit und selbstbestimmtem Leben und Arbeiten ausgeht. Diese Bedürfnisse lassen sich nur realisieren, wenn sie über eine entsprechende materielle Basis verfügen. Diese Basis kann nur in lokalen und kleinräumigen Zusammenhängen entstehen und sich konsolidieren. Ihre Strukturen sind vielfältig. Neue Formen der alternativen Ökonomie sind im Entstehen. Ihre Tragfähigkeit sollte jedoch nicht überschätzt werden, denn wie die Erfahrungen der 1980er und 1990er Jahre zeigen, handelt es sich oft nur um aufgezwungene Nischen des Überlebens, die nach dem Ende der Wirtschaftsdepression wieder aufgegeben werden. Es gibt aber auch Konstellationen, in denen sie sich Netzwerke der alternativen Ökonomie und der Ökologiebewegung – Landbaukommunen, Handwerkerkooperativen, selbstverwaltete lokale Energienetzwerke, Hilfskassen, Tauschketten, Mietergenossenschaften usw. – mit Initiativen zur sozialen Wiederaneignung der öffentlichen Güter zusammenschließen. An solchen Schnittstellen wird die konkrete Utopie einer Systemüberwindung sichtbar, die das Regime der natur- und menschenzerstörenden Kapitalakkumulation beendet und die damit verbundenen Regulationssysteme aushebelt. Wenn sich die Netzwerke der alternativen Ökonomie und der Ökologiebewegung beispielsweise mit Initiativen zur Selbstverwaltung kommunaler Betriebe und/oder mit Mieterinitiativen und Kampagnen gegen die Zwangsräumungen und Hausbesetzerbewegungen zusammenschließen, dann können sie sich soziale Räume aneignen, in denen die Bedürfnisse zur Überwindung der kommandierten Arbeit und für selbstbestimmte Lebensweisen ein Stück weit Wirklichkeit werden. Und dann ist auch der Brückenschlag zu den klassischen Formen des Arbeiterwiderstands möglich: Dann wird es

denkbar, dass die Rituale eines auf wenige Tage befristeten Generalstreiks oder der Besetzung von Schlüsselbetrieben und Zentralbehörden zum Systembruch umschlagen. Dann kann aus den vielen lokalen und regionalen Aufständen eine transnational vernetzte Umsturzbewegung hervorgehen, die ihre eigenen, basisdemokratisch verfassten Rätestrukturen hervorbringt.

Es mag vermessen erscheinen, so weit voraus zu denken und einen lokal verankerten Systemwechsel zu konzipieren, der transnational vernetzt ist und die nationalen und supranationalen Machtstrukturen des europäischen Kolosses aufsprengt. Aber die Zeit drängt. Die Schnittstellen, an denen sich die kommunalen und regionalen Prioritätssetzungen eines erneuerten europäischen Föderalismus mit den aus dem sozialen Widerstand hervorgehenden Rätestrukturen verbinden könnten, sind für eine konkret werdende Utopie des Systemwechsels entscheidend. Wir sollten sie als erste Zielmarken eines konvergierenden transnationalen und lokalen Prozesses definieren. Dann könnten wir unter Beweis stellen, dass wir dazu in der Lage sind, dem natur- und gesellschaftszerstörenden Projekt der herrschenden Eliten Paroli zu bieten. Nur wenn sich der soziale Widerstand ein glaubwürdiges operatives Ziel setzt, wird es seinen AktivistInnen gelingen, die breite Masse der in die Verarmung getriebenen Unterklassen aus ihrer Resignation und Passivität herauszureißen. 14.11.12 ■

»Eine Gesellschaft stürzt ins Bodenlose«

Nur selten spiegeln sich die tatsächlichen Verhältnisse in Griechenland in den bürgerlichen Medien wieder. Es würde dem Bild widersprechen, das der Öffentlichkeit präsentiert wird, um die »Sparauflagen« der Troika und die harte Haltung der Bundesregierung zu rechtfertigen.

Eine der wenigen Ausnahmen ist der Artikel von Melanie Mühl in der FAZ vom 14. Dezember 2012.

Georg Pieper machte sich keinerlei Illusionen, als er nach Athen fuhr. Aber was der Traumatherapeut dort sehen musste, hat die schlimmsten Befürchtungen übertroffen: Die griechische Gesellschaft explodiert unter dem Druck der Krise. [...]

Für den deutschen Nachrichtenkonsumenten ist die Krise sehr weit weg und nicht mehr als eine ferne Bedrohung irgendwo am Horizont. Sie erschließt sich uns in allererster Linie durch Begriffe wie Rettungsschirm, Schuldenschnitt, Milliardenlöcher, Misswirtschaft, Troika, Hilfspakete, Schuldenrückkauf oder Bankenrettung, ohne dass wir verstehen würden, was all diese Wörter eigentlich bedeuten. [...] Nur die Wahrheit erfahren wir nicht, nicht über Griechenland, nicht über Deutschland, nicht über Europa. [...] Pieper nennt das, was da gerade vor unser aller Augen geschieht, eine »gigantische Verdrängungsleistung«. [...]

Griechenland sah im Oktober 2012 für ihn folgendermaßen aus: Hochschwangere Frauen eilen bettelnd von Krankenhaus zu Krankenhaus, doch weil sie weder eine Krankenversicherung noch genügend Geld haben, will niemand ihnen helfen, ihr Kind zur Welt zu bringen. Menschen, die noch vor kurzem zur Mittelschicht zählten, sammeln in einem Athener Vorort Obst- und Gemüsereste von der Straße, Junge, Alte, Kinder, während neben ihnen die Marktstände abgebaut werden. Auf das Essen haben es allerdings auch die Tauben abgesehen. Ein alter Mann erzählt einem Reporter, dass er sich die Medikamente gegen seine Herzbeschwerden nicht mehr leisten kann. Seine Rente wurde wie die Rente vieler anderer um die Hälfte gekürzt. Mehr als vierzig Jahre hat er gearbeitet, er dachte, er habe alles richtig gemacht, jetzt versteht er die Welt nicht mehr. Wer in ein Krankenhaus geht, muss seine eigene Bettwäsche mitbringen, ebenso sein Essen. Seit das Putzpersonal entlassen wurde, putzen Ärzte, Schwestern und Pfleger, die seit Monaten kein Gehalt mehr bezogen haben, die Toiletten. Es fehlt an Einweghandschuhen und Kathetern. Die Europäische Union warnt angesichts der teilweise verheerenden hygienischen Bedingungen vor der Gefahr einer Ausbreitung von Infektionskrankheiten. Ganze Wohnblocks sind mittlerweile aus finanziellen Gründen von der Öllieferung abgeschnitten. Damit die Menschen im Winter nicht frierend in ihren Wohnungen hocken müssen, beheizen sie diese mit kleinen Öfen. Das Holz dafür schlagen sie illegal. Im Frühling dieses Jahres hat sich ein siebenundsiebzigjähriger Mann vor dem Parlament in Athen erschossen. Kurz vor seiner Tat soll er gerufen haben: »So hinterlasse ich meinen Kindern keine Schulden.« Die Selbstmordrate hat sich in den vergangenen drei Jahren verdoppelt.

Ein Trauma ist ein Ereignis, das die Erfahrungswelt des Einzelnen bis in seine Grundfesten erschüttert. [...] Nur ein Zyniker spricht im Hinblick auf Griechenland noch von sozialem Abstieg. Es ist viel mehr als das: Eine Gesellschaft fällt ins Bodenlose. Wir erleben gerade eine kollektive Traumatisierung. [...]

Man muss weder ein Pessimist noch ein Experte sein, um sich auszumalen, was das für die sozialen Beziehungen der Menschen untereinander und für den Kitt der griechischen Gesellschaft bedeutet. Die Wut auf ein korruptes, pervertiertes System sowie die internationale Politik, deren Geldtranchen in die Rettung der Banken fließen, aber nicht in die Rettung der Menschen, ist ungeheuerlich, und sie wächst unaufhaltsam. [...] Die Zahl der gewalttätigen Banden, die Minderheiten attackieren, steigt. Im November sprach Amerika deshalb eine Reisewarnung für Griechenland aus – besonders gefährdet seien derzeit Menschen mit dunkler Hautfarbe. Gerade bei einem Land wie Griechenland, zu dessen Selbstverständnis die Gastfreundschaft zählt, die Offenheit Fremden gegenüber, schockiere ihn das, sagt Pieper. Die Rechtsradikalenpartei Chrysi Avgi liegt in Umfragen bereits bei zwölf Prozent, sie wäre damit die drittstärkste Kraft im Land. [...]

In Griechenland wurde die funktionierende Gesellschaft so lange ausgehöhlt, bis sie schließlich zusammengebrochen ist wie ein marodes Haus. Die Krise hat den Sozialstaat zerstört. [...]

Georg Pieper sagt: »Ich frage mich, wie viel diese Gesellschaft noch aushalten kann, bevor sie explodiert.« Griechenland stehe kurz vor einem Bürgerkrieg. Es scheint lediglich noch eine Frage der Zeit zu sein, bis sich die kollektive Verzweiflung der Menschen in Gewalt entlädt und über das Land ausbreitet. Und davon sind wir alle betroffen.